

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- ***PDS/WASG: Urabstimmung, Namensänderung, Kandidatenkür und noch keine Inhalte – Seite 4***
- ***Der Schlüssel zum Frieden liegt in der Hand des Westens – Seite 8***
- ***„Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“ – Seite 12***
- ***Angriff auf EU-Arbeitszeitrichtlinie – Seite 14***
- ***Streit um Hedge Fonds und „Private Equity Fonds“: Unruhe an den Finanzmärkten – Seite 18***

Ausgabe Nr. 14 am 14. Juli 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung
„Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Wachsende Kinderarmut

Berliner Zeitung, 7.7. rül. Familien- und Kinderförderung ist in Wahlkampfzeiten „in“ – aber nur für Familien, die reguläre Arbeit haben und davon auch leben können. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit leben etwa zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Familien oder bei Alleinerziehenden, bei denen mindestens eine erwachsene Person ALG II oder Sozialgeld bezieht. Bei Kindern unter 15 Jahren beträgt die Zahl derer, die in dieser Armutszone aufwachsen, 1,53 Milli-

Trauriger Spitzenplatz

Bundesland	Kinder bis 15 Jahre	arme Kinder in Prozent*
Berlin	445 221	29,2
Sachsen-Anhalt	261 202	27,4
Meckl.-Vorp.	188 190	27,3
Bremen	88 616	26,7
Sachsen	450 807	22,1
Brandenburg	280 202	21,5
Thüringen	249 843	19,6
Hamburg	228 948	19,6
Schlesw.-Holst.	435 699	13,9
Saarland	144 784	13,5
NRW	2 784 136	13,4
Niedersachs.	1 263 451	12,8
Hessen	904 967	11,5
Rheinl.-Pfalz	618 048	9,2
Baden-Württ.	1 690 930	6,8
Bayern	1 926 211	6,2
D (West)	10 085 788	10,7
D (Ost)	1 846 383	24,6
D (Gesamt)	11 932 173	12,9

onen. Die Tabelle zeigt, in welchen Bundesländern diese Armut besonders groß ist: Im Osten und in Städten mit hohem Anteil von Migration. Würde man die Tabelle der Langzeitarbeitslosigkeit – also der Anteil der Arbeitsuchenden, die mehr als ein Jahr arbeitslos sind – daneben legen, würde der Zusammenhang zwischen Armut und Arbeitslosigkeit offensichtlich. Mehr als 40% der Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin sind arbeitslos. Der Deutsche Kinderschutzbund fordert mit Verweis auf die wachsende Kinderarmut u.a. beitragsfreie Kindergärten, Ganztagschulen und besondere Maßnahmen zur Krankheitsprävention in Kindertagesstätten und Schulen.

Soziale Schieflagen beseitigen

www.paritaet.org, 5.7. alk. 24 Prozent der Kinder in Ostdeutschland und mindestens 8 Prozent der Bevölkerung in Deutschland leben nach Angaben des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPVV) in Armut. Anlässlich der Vorstellung von sozialpolitischen Forderungen zur Wahl sprach Verbandsvorsitzende Barbara Stolterfoht deshalb

von einer ernsten gesellschaftlichen Krise: „Wir haben ein Ausmaß an Armut, welches in der jüngeren deutschen Geschichte beispiellos ist. Der soziale Frieden ist in Gefahr“, so Stolterfoht. Zudem kritisierte sie, dass die soziale Infrastruktur mit ihren vielen gemeinnützigen Beratungs- und Hilfeangeboten ausgedünnt und abgewickelt werde: „Die soziale Infrastruktur ist schon heute nicht mehr intakt, wo sie doch gerade jetzt ausgebaut werden müsste“, so Stolterfoht. Der Verband forderte die Politik deshalb auf, dringend notwendige Reformen umzusetzen. Unter anderem forderte der Paritätische Wohlfahrtsverband eine konsequente Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung: „Wir erwarten vom Gesetzgeber, die Arbeitsgemeinschaften unverzüglich aufzulösen und die Zuständigkeit für die Betreuung Langzeitarbeitsloser den Kommunen zu übertragen“, so Geschäftsführer Werner Hesse. Darüber hinaus sei der Aussteuerungsbetrag, den die Bundesagentur für Arbeit an den Bund zahlen müsse, ersatzlos zu streichen.

Im Gesundheitsbereich forderte der Verband die Einführung von Zuzahlungsbefreiungen für besonders benachteiligte Menschen. Die Pflegeversicherung müsse darüber hinaus durch ein steuerfinanziertes Leistungsgesetz abgelöst werden: „Die Pflegeversicherung ist finanziell und konzeptionell am Ende“, so Hesse.

Bei der Umsetzung der Reformen sieht der DPVV alle Parteien gleichermaßen gefordert: „Die massiven Einschnitte der vergangenen Legislaturperiode wurden von fast allen Parteien gemeinsam getragen. Jetzt haben wir eine soziale Schieflage, die zu beheben eine Aufgabe aller Parteien ist. Sie müssen sich ihrer Verantwortung stellen“, so Verbandsvorsitzende Stolterfoht.

Soziale Auslese durch das Bildungswesen im EU-Vergleich

His, 8.7. scc. Die jetzt erschienene Studie „Eurostudent Report 2005“ bestätigt ein weiteres Mal, dass in der BR Deutschland die soziale Auslese durch das Bildungswesen so gründlich funktioniert wie in keinem anderen Mitgliedsland der EU. Nirgendwo gelangen so wenig Kinder aus Arbeiterfamilien an die Hochschule wie hierzulande, wo so genannte „Oberschichtkinder“ eine 7,4-fach größere Chance haben, ein Studium zu beginnen, als ihre Altersgenossen aus den „Unterschichten“. Am besten schneidet in diesem Vergleich Irland ab, wo Studiengebühren Ende der 90er Jahre abgeschafft wurden. Danach folgen Spanien, Finnland und die Niederlande. Doch auch in diesen Ländern tritt die soziale Spaltung während

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

des Studiums keineswegs in den Hintergrund. Überall ist festzustellen, dass Studierende aus „privilegierten Schichten“ deutlich öfter einen Teil des Studiums im Ausland absolvieren.

Besteuerung von Firmenverkäufen?

Handelsblatt, 8.7. rül. Die Unionsparteien erwägen eine Abschaffung der im Jahr 2000 beschlossenen Steuerfreiheit für Firmenverkäufe. Diese Steuerbefreiung, die seit 2002 in Kraft ist, hatte einen maßgeblichen Anteil an dem zunehmendem Handel von privaten Fonds und Finanzgesellschaften mit Firmen – kaufen, ausschachten und wieder verkaufen – der zunehmend in die Kritik gerät. Sie habe die Steuerfreistellung der Veräußerungsgewinne für Kapitalgesellschaften „für völlig falsch gehalten“, sagte die CDU-Vorsitzende Merkel jetzt der „Zeit“. Geplant wird offenbar, solche Gewinne mit 20% zu besteuern. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag protestiert schon mal vorsorglich und verlangt, dann sollten auch Verluste bei solchen Geschäften von der Steuer abgesetzt werden können. Das erinnert an den Fall Vodafone. Der englische Konzern hatte kurz nach der Übernahmeschlacht um Mannesmann den Wert des von ihm übernommenen Aktienpakets von 150 Milliarden Euro auf 100 Milliarden Euro herabsetzen wollen mit dem Ziel, so einen enormen Verlustvortrag aufzubauen, den er dann mit später anfallenden Gewinnen verrechnen wollte. Faktisch sollten so nach der Übernahme mehr als zehn Jahre lang alle Gewinne steuerfrei bleiben. Ob das erlaubt ist, prüft zurzeit der Bundesfinanzhof.

Einzelhandelsdaten jetzt zum Raten?

FAZ, 6.7. maf. Während das Statistische Bundesamt bisher meldete, dass der Einzelhandelsumsatz im Jahre 2004 um

1.6 Prozent zurückgegangen sei, ist nach einer Umstellung der Erhebungsmethode jetzt von einem Plus von 1.3 Prozent die Rede. Dieses Konsumwunder aus dem nichts wurde durch eine Änderung des Kreises der befragten Unternehmen erreicht. Anscheinend hatten sich in der alten Stichprobe im Lauf der Jahre untergehende bzw. schrumpfende Unternehmen angereichert. Künftig soll die Anpassung der Stichprobe laufend geschehen. – Trotzdem ist es schon ziemlich komisch, dass sich dieser statistische Filmriss gerade jetzt ereignet und darüber hinaus noch eine Wendung zum Guten anzeigt. – Nach Meldungen der FAZ glauben weder der Einzelhandelsverband noch die Finanzwelt an die neuen Daten, es stelle sich die Frage nach der Verlässlichkeit.

Frauenrechte in der Türkei sollen künftig überprüft werden

Der Standard, 7.6. hav. Knapp drei Monate vor Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit Ankara hat das Europaparlament die rasche Gleichstellung von Frauen in der Türkei angemahnt. Die Achtung der Frauenrechte sei eine unabdingbare Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft, heißt es in einem am Mittwoch in Straßburg mit großer Mehrheit verabschiedeten Bericht. Die Parlamentarier riefen die türkische Regierung dazu auf, die anhaltende Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen und die Ausbildungschancen von Mädchen zu verbessern. Die niederländische Sozialistin Emine Bozkurt bezeichnete den von ihr eingebrachten Bericht als „kritisch, aber optimistisch“. „Wir begrüßen die eingeleiteten Reformen zu Frauenrechten, fordern aber ihre schnelle Umsetzung in die Praxis.“ Dies beinhaltet vor allem die strikte juristische Bestrafung aller Gewalt „im Namen der Ehre“, sagte die frauenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion, Lissy Gröner (SPD). Nach dem Votum des Europaparlamentes wird die Entwicklung der Frauenrechte in der Türkei künftig jährlich überprüft.

Abschiebung kurdischer Flüchtlinge aus Deutschland

CENI Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V., Düsseldorf, 29.6. alk. Am 28. Juni 2005 wurden in den frühen Morgenstunden 70 KurdInnen aus verschiedenen Städten in NRW ohne jegliche Vorankündigung aus dem Schlaf gerissen, mit Hand- und Fußschellen gefesselt und vom Düsseldorfer Flughafen aus in die Türkei abgeschoben. Unter den Abgeschobenen befinden sich auch Kinder. Menschen, die sich gegen diesen unrechtmäßigen Vorgang zur Wehr setzen wollen, wurden zwangsweise Beruhigungsmittel verabreicht.

Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden verurteilt diese Zwangsdeportationen aufs Schärfste. Angesichts des faktischen Kriegszustandes in Nordkurdisten/Türkei sind wir um das Leben und die Sicherheit der Abgeschobenen in tiefer Sorge.

Während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im April 2005 von „positive Veränderungen für Kurden in der Türkei“ sprach, mit denen es die Zwangsdeportationen von kurdischen Flüchtlingen aus Deutschland rechtfertigen will, ist die Realität eine andere. Hiervon zeugen auch die dringenden Friedensappelle der Friedensmütterinitiativen, Menschenrechtsvereinen und Intellektuellen aus der Türkei. Um noch größeres Leid zu vermeiden, fordern sie die Konfliktparteien zum umgehenden beidseitigen Waffenstillstand und einer friedlichen demokratischen Lösung der kurdischen Frage auf. Auch die europäischen Staaten und die Öffentlichkeit müssen ihrer Verantwortung für einen gerechten Friedensprozess gerecht werden.

Prüfung der Übernahme des ungarischen Gasunternehmens MOL durch E.ON ein

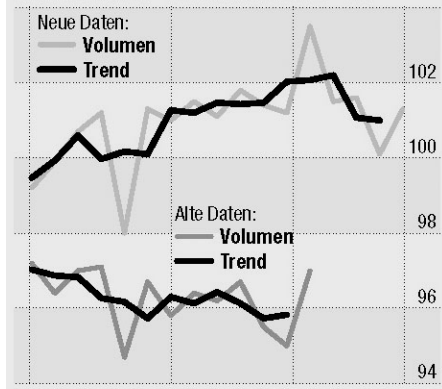
Eu-Nachrichten, 8.7. hav. Die Europäische Kommission hat eine Prüfung der geplanten Übernahme des Geschäftsbereichs Gasfernleitung und -speicherung der ungarischen Mineralöl- und Stromgruppe MOL durch den deutschen Energiekonzern E.ON eingeleitet. Nach einer ersten Prüfung der Kommission bestehen wegen der horizontalen und vertikalen Überschneidungen der Tätigkeiten beider Unternehmen schwerwiegende wettbewerbsrechtliche Bedenken auf sämtlichen Ebenen der Gas- und Stromversorgung in Ungarn. Die erste Prüfung der Kommission ließ erhebliche Risiken erkennen, dass die Übernahme dieser Bereiche durch die Integration von E.ONs gesamter Gas-Versorgungskette zu einer beträchtlichen Einschränkung des Wettbewerbs führt. Vor allem würde das fusionierte Unternehmen die gesamte Gasversorgung Ungarns, d.h. sowohl die inländische Gasproduktion als auch den Gasimport, kontrollieren. Dies bedeutet, dass potenzielle Wettbewerber von den nachgeordneten Gas- und Elektrizitätsmärkten ausgeschlossen werden könnten und auf den Gasbeschaffungs- und Fernleitungsmärkten möglicherweise der Wettbewerb eingeschränkt würde. Insofern hat die Kommission Bedenken, dass der Zusammenschluss die Entstehung eines wirksamen Wettbewerbs auf diesen Märkten verhindert und somit die Vorteile der noch nicht abgeschlossenen Liberalisierung des ungarischen Energiesektors zunichte macht.

Zusammenstellung: alk

Verwirrung um Einzelhandelsumsätze

Einzelhandelsumsatz

Neue Daten: 2003=100 / Alte Daten: 2000=100¹⁾



¹⁾ Preis- und saisonbereinigt. Trend ist gleitender Dreimonatsdurchschnitt. Ohne Kfz-Handel und Tankstellen.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Hypo-Vereinsbank/FAZ.-Grafik Walter

Urabstimmung, Namensänderung, Kandidatenkür und noch keine Inhalte

PDS / WASG vor der Entscheidung und doch noch ganz am Anfang

Letzte Woche durchstieß der Umfragekurs der Linkspartei/PDS die 10-Prozent-Marke, einige Institute nannten 11 Prozent. Das war dann auch der Gipfel gewesen, inzwischen werden Werte von 9 Prozent, 8 Prozent genannt, die immer noch hoch sind. Besonders in den alten Bundesländern zeichnet sich damit eine quantitative Veränderung der Beziehungen zwischen Wahlberechtigten / Parteien / parlamentarischer Repräsentation ab. Hier werden Werte erfragt, die Erfolge bei Landtagswahlen verheißen. Damit werden Inhalte linker Politik im Westen erstmals im ganzen Anforderungsbereich des politischen Systems interessant. Ein breites Interesse richtet sich auf die PDS und die WASG. In dieser Atmosphäre großer Erwartungen führt die WASG eine Urabstimmung durch mit dem Ziel, „eine Unterstützung für die Kandidatur von WASG-KandidatInnen auf den Listen der ‚Linkspartei‘ und zu der Absicht zu erhalten, einen Prozess zur Herausbildung einer neuen politischen Formation der Linken einzuleiten“. (<http://partei-tag.w-asg.de>).

Die beiden Fragen werden getrennt abgestimmt und mit einfacher Mehrheit entschieden. Die WASG erwartet betreffend Kandidatur Zustimmung, der „Prozess zur Herausbildung ...“ stieß wenigstens auf Landesparteitagen und dem Kasseler Bundesparteitag auf erheblichen Widerstand. Dennoch handeln beide Parteien unter der Annahme des Gelingens.

Die WASG hat auf ihrem Bundesparteitag ein Wahlmanifest verabschiedet, das nur als Ausgangspunkt begriffen werden kann. Wie es heißt, soll Ende dieser Woche, vor dem Namens-(Partei)tag der PDS, ein Entwurf eines von PDS und WASG gemeinsam erarbeiteten Wahlprogramms erscheinen, der weiter führen muss.

Was die Umfragewerte zeigen

Seit wenigen Wochen werden die Wählerinnen und Wähler nach ihrer Meinung zu einer von PDS und WASG irgendwie gemeinsam getragenen „Linkspartei“ befragt. Denkbar wäre gewesen, dass die Befragten auf diese Perspektive befremdet reagieren, weil sie, wie von Repräsentanten der WASG immer wieder vorgetragen wurde, mit der PDS nichts zu tun haben wollten. Angesichts des Wahlergebnisses in NRW, das einen realen Bezugsrahmen setzt, zeigt sich: Die Umfrageergebnisse fallen nicht unter diese Marke, sondern

übersteigen sie beträchtlich. Die Politik der Ächtung der PDS ist im breiten Wählerfeld nicht aufgegangen, sie greift eher im Umfeld der Funktionsträger. Die Botschaft ist eindeutig: PDS und WASG würden durch eine Kooperation mehr Wählergunst auf sich ziehen als jeweils alleine. Das mag mit den Chancen zusammenhängen, die für eine solche neue Kombination politischer Kräfte bestehen, es wird aber auch eine tiefer in den politischen Grundüberzeugungen liegende Übereinstimmung der Ansichten vorliegen.

Der Gang der Verhandlungen

Wer sich an den Parteibildungsprozess der Grünen erinnert, kann leicht bestätigen, dass der bisherige Verlauf der Verhandlungen von PDS und WASG das Bemühen der Beteiligten um Fairness zeigt. Trotzdem wäre es falsch, von den Problemen zu schweigen, die vor allem eine gefährliche Langzeitwirkung entfalten können. Da man sich entschieden hat, die Verhandlungen nicht auf harte politische Ziele zu zentrieren, wurde nicht ein Meinungsbildungsprozess angestoßen. Die PDS ändert ihren Namen. Die WASG verzichtet auf eine eigene Kandidatur. Solche Entscheidungen haben mit der gesetzgebenden Arbeit gar nicht zu tun. Wenn, wie es der Fall ist, die legitimen, gewählten Repräsentanten der PDS, die berechtigt sind, im Namen der Partei zu handeln, erklären, nicht mehr unter diesem Namen handeln zu wollen, ist der symbolische Zusammenhang von Namen / Programm gestört. Es gibt kein Zurück. Ganz ähnlich wird es sich bei der WASG verhalten, die nach der Entscheidung ihrer Repräsentanten für die Kandidatur auf offenen Listen der PDS und für eine gemeinsame Perspektive ebenfalls nicht mehr ist, was sie war.

Die Vorstände – und nur sie – hätten versuchen können, die inhaltlichen Gemeinsamkeiten, die im Wählerfeld vorhanden sind, herauszuheben. Dann wäre es zu einer breiten Diskussion unter wirksamer Beteiligung der Mitgliedschaft gekommen. Es wird oft gesagt, dass dafür die zeitlichen Vorgaben zu eng waren. Sicher ist, dass durch den Ausschluss inhaltlicher Fragen in den Verhandlungen zwischen den Parteien ein unerhörter Spielraum für das Agieren von so genannten Spitzenkandidaten entstanden ist, denen bei erregtem öffentlichem Interesse die Definitionsmacht zugefallen ist, politische Ziele zu markieren und Strategien zu entwickeln.

Oskar Lafontaine weicht vom rechten Rand zurück

Inzwischen hat Lafontaine laut ND eingeräumt, dass seine Chemnitzer Äußerung ein Fehler war (s. S. 18). Es besteht mithin begründete Hoffnung, dass Lafontaine diese Richtung nicht weiter verfolgen möchte. Inhaltlich geht es dabei um die Frage, dass Probleme der internationalisierten Arbeitswelt nicht nationalstaatlich gelöst werden können, schon gar nicht durch Abschottung der Grenzen. Damit verknüpft war die Strategie, Wähler aus dem rechten Lager durch ideologische Zugeständnisse zu gewinnen. Dieser Strategie hat die PDS in Ost und West und auf den verschiedenen Parteiebenen eine Absage erteilt. Sie konnte dabei auf die negative Bewertung dieser Äußerungen in der Zivilgesellschaft verweisen. Hinzu kommen die Umfrageergebnisse, die recht deutlich machen, dass nach rechts weisende Äußerungen einer linken Partei von den Rechten aus durchsichtigen Gründen verbal begrüßt werden, aber nicht zur Wahl einer linken Partei durch die Rechtsextreme führen, jedenfalls nicht in relevanten Umfang. Nun kommt es darauf an, ob die gemeinsame Wahlaussage die entstandenen Zweifel klarstellt. Selbst dann wird es nicht einfach sein, das begründbare Misstrauen aus der Welt zu schaffen.

Der bisherige Wahlkampfstil

Vor allem Lafontaine hat einen Wahlkampfstil entwickelt, der stark differenziert, um nicht zu sagen, spaltet. Er greift in seinen Reden die Meinungen auf, die er bei seiner Zuhörerschaft vermutet, und gibt sie verstärkt zurück. Die Politik der SPD wird als „Dummheit“ und „Gemeinheit“ gezeichnet und damit auf Charakterfehler von Leuten zurückgeführt; ein Problemkreis, der durch das Auswechseln von Leuten bewältigt werden kann. Das ist dann auch, was die Wählerinnen und Wähler können. Sie erleben den Aufruf, jene Bösen durch diesen Guten zu ersetzen, als eigene Macht. Viele werden mitgerissen. Es kommt aber der Tag danach, an dem in ihrem sozialen Umfeld die Begeisterter für den Schmä und Schimpf eintreten müssen.

Die Umfragen zeigen nämlich recht deutlich, dass ungefähr ein Drittel der Wähler der SPD und den Grünen treu bleiben werden und dass dieses Drittel in dem sozialen Milieu und in den Strukturen politisch-gesellschaftlichen Wirkens die Wähler der Linkspartei jedenfalls im Westen mehrheitlich umgibt. Anhängerinnen und Anhänger der

Linkspartei stoßen also nicht nur auf bisherige Rot/Grün-Wähler, sondern zunehmend auf Menschen, die wenigstens für diese Wahl wiederum so wählen wollen. Der Vorwurf von „Dummheit“ und „Gemeinheit“ verlängert sich auf sie, höchstens noch, dass man sie als naiv usw. auffassen könnte. Wer soll eine solche Diskussion durchstehen?

Sie wäre nur dann in einem technischen Sinne „richtig“, das heißt wirkungsvoll, wenn ein Zusammenbruch der SPD und der Grünen ins Haus stünde.

Das Problem von Rot-Grün und die Linkspartei

Der Ablösung Kohls ging die Überlegung voraus, dass in der vielschichtigen Gesellschaft der BRD eine Mehrheit „Links von der Mitte“ möglich sei, weil trotz aller Unterschiede in Lebenssituation, Privilegierung, Unterprivilegierung eine Orientierung auf den Erwerb durch eigene Arbeitsleistung gegeben sei. Die Umbrüche in der Arbeitswelt führten zu einem wachsenden Anteil schulisch/akademisch vorgebildeter Arbeitskräfte. Bereiche traditioneller Industrie- und Handwerksarbeit schrumpften. Rot-Grün bedeutet die Integration dieser modernen, wachsenden und traditionellen, schrumpfenden Milieus zu einer politischen Mehrheit. Für diese Politik war Wachstum wichtig, denn sie konnte nur so lange funktionieren, wie das Schrumpfen der traditionellen Bereiche einerseits mit Chancen zur Neuorientierung des eigenen Arbeitsangebotes verbunden war und andererseits im Generationswechsel verborgen abgewickelt werden konnte. Die wirtschaftliche Entwicklung hat durch diese Rechnung einen Strich gezogen. Es entstand ein Überangebot an Arbeitskräften individuell traditionellen Zuschnitts, bald auch zu einem Standortproblem für eine wachsende Zahl von Fertigungen. In dieser Lage warf sich Rot-Grün auf die so genannte „neue Mitte“, und zwar in der Hoffnung, auf diesem Wege zu einer besseren Positionierung der BRD in der Weltwirtschaft zu kommen. Verbunden damit war und ist ein gezielter Modernisierungsdruck, das steckt hinter dem „Förderung und Fordern“. Die SPD kann sich und ihrer Anhängerschaft glaubhaft machen, dass ihre Politik nicht aus „Dummheit“ und / oder Gemeinheit sich entwickelt hat, sondern dadurch, dass sie keinen Weg fand, ein ausreichendes Wirtschaftswachstum auszulösen. Das war das Problem der Koalition, und es ist der SPD vor die Füße gefallen, weil die Wählerinnen und Wähler der Grünen von dieser Entwicklung nicht im Kern getroffen, sondern bloß gestreift wurden.

Die von Lafontaine immer wieder hergeleierte Behauptung, all dies wäre durch eine anders angelegte Regierungspolitik vermeidbar gewesen, ist

grotesk. Sie wird durch den Bildungsprozess der neuen Linkspartei widerlegt, denn wenn eine Kursänderung der SPD es auch täte, wäre sie unendlich leichter zu erreichen als eine neue Partei.

Rot-Grün wird mitsamt der Linkspartei in die Opposition geschickt, weil kein irgendwie glaubhaftes gesamtwirtschaftliches Konzept vorliegt.

Die Union macht sich koalitionsfähig.

An dem Programm der Union ist vor allem bedeutsam, dass man auch hier von einer Unterfinanzierung des Staates ausgeht. Die Partei kann in jede Richtung koalieren. Mit der FDP, weil diese die Steuererhöhungen um den Preis von Ausgabenkürzungen schlucken kann. Mit der SPD, wenn es sein muss, weil sie die Kürzung der Staatsausgaben nicht bis an den Punkt steigern will, an dem Aufruhr ausbricht. Mit den Grünen, weil die Öko-Steuer nicht aufgehoben wird und die Förderung von Windrädern und Solarzellen bleibt.

Was kann die Linkspartei erreichen?

Die Linkspartei kann nur Bestand haben, wenn sie Funktionen erfüllen kann, die SPD und Grüne nicht erfüllen. Es ist also nötig, über die Defizite dieser beiden Parteien zu reden. Ein solches Defizit ist die Militarisierung der Außenpolitik und die erwiesene Bereitschaft zur Kriegführung. Diese Tatsachen erklären sich durch mangelnde Distanz der SPD und zunehmend auch der Grünen zum Nationalstaat. Beide Parteien neigen dazu, die immer noch sehr vorteilhafte Stellung der BRD in der Weltwirtschaft durch militärische Gewalt abzusichern. Das hat der Jugoslawienkrieg gezeigt, das wurde auch in dem riskanten Spiel mit der Ukraine sichtbar. Mehr noch als das bloße politische Faktum, die Taten der rot-grünen Regierung, wiegt die Billigung oder mürbische Hinnahme der Fakten durch die Menschen, die rot-grün wählen.

Demgegenüber kann eine Linkspartei auf andere Orientierungen und Traditionen zurückgreifen. Es sind die der internationalen Arbeiterbewegung, die unter Ausnutzung des entstehenden Weltmarktes ihre Interessen weltweit artikuliert. Die Linkspartei hat also aktuell und traditionell eine Distanz zum Nationalstaat, die ihr dessen Kritik auch unter erheblichem Druck ermöglicht. So war es in den ganzen Jahren der PDS-Präsenz im Bundestag. – Man kann jetzt schon vorhersagen, dass diese kritische Distanz zum Nationalstaat sich zunächst in Fragen der Gestaltung der Außenpolitik und des Rückzugs aus militärischen Engagementen bewähren muss, aber weit darüber hinaus auch eine internationale Orientierung in den kulturellen, sozialen und gewerkschaftlichen Bewegungen verlangt. Damit wird nichts Unmögliches

gefordert, sondern bloß erwartet, dass die Linkspartei die in dieser Hinsicht fortschrittlichsten Forderungen aus der internationalen Zivilgesellschaft aufgreift und politisch verarbeitet.

Jetzt muss ein tragfähiges Wahlprogramm her

Wenn alle formalen Entscheidungen wie erhofft fallen, geht die Auseinandersetzung in eine neue Phase. Dann muss die Partei nämlich in Konkurrenz zu anderen Angeboten zeigen, dass sie den in den Umfragen geäußerten Erwartungen der Wählerinnen und Wähler irgendwie, wenigstens perspektivisch entspricht. Unmöglich kann es dabei zu einer konzeptionellen Diskussion kommen. Es wird anhand von Markern entschieden werden. Ein solcher Marker ist die Auseinandersetzung mit dem Versuch des Fischens am rechten Rand. Ein anderer wird die Haltung zu den Militärendengagements der BRD sein. Ein weiterer die praktischen Ausführungen zu der Losung „Weg mit Hartz IV“, ein nächster das Eintreten für interkulturelle Solidarität. – Das Wahlmanifest der WASG, das wir in diesem Heft der PB zur Kenntnis bringen, schließt eine Weiterentwicklung nicht aus, hat sie aber auch nötig. Auf dieser Stufe der Programmatik gibt es keine dauerhafte Daseinsberechtigung neben SPD und Grünen. *maf*

Dokumentiert

Wahlmanifest der WASG

verabschiedet auf dem Parteitag in Kassel vom 3. Juli 2005

Wir nehmen die politische Herausforderung der vorgezogenen Bundestagswahlen an.

Unsere Aufgaben:

- Demokratie stärken,
- eine starke Kraft für Arbeit und soziale Gerechtigkeit in den Bundestag bringen,
- eine neue politische Vertretung der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland aufbauen.

Wir rufen unsere Mitglieder und alle Bürgerinnen und Bürger auf, bei der Bundestagswahl 2005 die Kandidatinnen und Kandidaten und die Listen der Linkspartei zu wählen.

Führen wir gemeinsam einen engagierten Wahlkampf gegen die unsoziale, neoliberale Politik der etablierten Parteien. Mit ihrem Coup vorgezogener Neuwahlen entziehen sich SPD und die Grünen einer Diskussion über die Gründe ihrer wiederholten Wahlniederlagen. Die rot-grüne Regierungskoalition will ein Vertrauensvotum für die ökonomisch, sozial und politisch gescheiterte Politik der Agenda 2010 erzwingen.

Diese Politik

- hat nicht zu mehr Beschäftigung durch höheres Wirtschaftswachstum geführt;
- im Gegenteil, die Arbeitslosigkeit ist deutlich angestiegen;
- hat die finanzielle Situation des Staates weiter verschärft;

- die soziale Kluft zwischen Arm und Reich ist vergrößert und der Grundwert „soziale Gerechtigkeit“ ausgehebelt worden.

Diese Politik wurde von den Wählerinnen und Wähler in neun Landtagswahlen abgelehnt. Keine der „Reformen“ sind den Wählerinnen und Wählern im Jahr 2002 angekündigt worden. „Agenda 2010“ steht deshalb für Wahlbetrug und Entsolidarisierung.

Ob Krankenkassen, Alterssicherung, Arbeitsmarkt oder Staatsverschuldung – überall Verschlechterungen. Die Steuergeschenke für die Kapital- und Vermögensbesitzer haben die öffentlichen Kassen ausgezehrt. Rot-Grün steht vor einem Scherbenhaufen.

Die Gewinner des Coup von Schröder und Müntefering werden CDU/CSU und FDP sein, die sich hinter einer noch radikaleren neoliberalen „Agenda für Arbeit“ versammeln.

Die Republik steckt in einer tiefen politischen Krise. Die Parteien vertreten immer weniger die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung. Die WASG steht für einen Neuanfang.

Wir zeigen: Es gibt Alternativen, und sie sind machbar.

Wir sorgen dafür,

- dass die Menschen tatsächlich eine Wahl haben.
- Wir wollen eine starke Linkspartei, die nicht nur auf Parlamentsbänken, sondern breit in der Bevölkerung verankert ist.
- Die Linkspartei soll eine hörbare und nicht zu ignorierende Stimme in Parlament und in Öffentlichkeit sein, für Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte und Beamte, für Hartz IV-Opfer und Erwerbslose, Mini-Jobber und Zeitarbeiter, für Rentnerinnen und Rentner, für Eltern, die ihre Kinder in oft baufällige Schulen schicken müssen, eine Stimme für ökologische, soziale und friedenspolitische Bewegungen.

Die rot-grüne Bilanz

- Die rot-grüne Koalition war angetreten, die Rentenkürzungen der Regierung Kohl auszusetzen. Sie endet mit massiveren Leistungseinschnitten als jede Regierung zuvor. Die Verweigerung von Rentenanpassungen an das steigende Preisniveau und die den Rentnerinnen und Rentner verordneten Mehrausgaben im Gesundheitsbereich führen zu realen Rentenkürzungen. Und das ist nur der Einstieg in die beschlossene Absenkung des Rentenniveaus in den kommenden zwei Jahrzehnten. Es droht die Rückkehr massenhafter Altersarmut.

- Das „Gesundheitsmodernisierungsgesetz“ hat den BeitragszahlerInnen und Kranken viele zusätzliche Belastungen auferlegt (Praxisgebühr, Zuzahlungen, Privatisierung von Leistungen). Die versprochene Senkung der Krankenkassenbeiträge ist ausgeblieben. Zahnersatz und Krankengeld müssen von den Versicherten allein bezahlt werden, ohne Arbeitgeberbeitrag.

- Die Hauptverlierer der Agenda-Politik sind die Langzeitarbeitslosen. Die rotgrüne Regierung hat die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds drastisch zusammengestrichen. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft.

Durch die verschärfte Anrechnung von Rücklagen und Partnereinkommen werden die Familien in den Sog der Armut hineingerissen. Entgegen allen Ankündigungen wurde das Arbeitslosengeld II auf das Niveau der Sozialhilfe gedrückt. Statt „fördern“ steht „fordern“ auf der rot-grünen Agenda: mit verschärften Kontrollvorschriften und Zumutbarkeitsregelungen, die weder Rücksicht auf Qualifikation noch tarifliche Entlohnungsbedingungen nehmen.

- Die Verteilung der Einkommen und Vermögen ist noch ungerechter geworden. Die Demontage des Sozialstaates verschärft die soziale Polarisierung.

- Fast fünf Millionen erfasste und über sieben Millionen tatsächliche Arbeitslose sind eine erschütternde Bilanz.

- Die drohenden ökologischen Probleme konnten durch die bisherige Politik nicht einmal im Ansatz abgewendet werden.

- Völkerrechtswidrige Kriegseinsätze mit tausenden zivilen Opfern.

Die Konjunktur bleibt auf Talfahrt. Die Investitionen der Unternehmen sind unzureichend, weil sich auf dem Binnenmarkt keine Steigerung des Absatzes abzeichnet. Kein Wunder, wenn öffentliche Leistungen und Investitionen immer weiter gekürzt werden und der Druck auf die Löhne immer stärker wird.

Rot/Grüne Perspektiven

Rot/grün hat sich zur Hauptakteurin des Sozialabbaus und der Umverteilung von unten nach oben entwickelt. SPD und Grüne haben sich von ihren Grundsätzen verabschiedet.

Die Grundlage für ihre reformpolitische Aktivität und beschäftigungspolitische Inaktivität ist nun ihr geradezu missionarisches Verständnis von gesellschaftlicher „Modernisierung“ als Staatsaufgabe.

Die politische Logik der „modernen“ Sozialdemokraten basiert darauf, dass im Zeitalter der Globalisierung soziale Gerechtigkeit angeblich nicht mehr verwirklicht werden kann.

Aus der neoliberalen Sicht von Rot/Grün stagniert die Beschäftigung, weil Arbeitslose durch zu hohe soziale Unterstützung zu unflexibel geworden seien, Arbeit auch unter schlechten Bedingungen anzunehmen.

Zu hohe Gewinnsteuern würden den Unternehmen das Investieren verleiden. Die paritätische Finanzierung einer Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente schließlich zwingen die Unternehmen in ein „lähmendes Korsett gesellschaftlicher Solidarität“, hielte die Beitragszahler von der Dynamik der Finanzmärkte fern und verschleie den Finanzkonzernen lukrative Geschäftsfelder.

„Zukunftsfähig“ sei eine Gesellschaft im Zeitalter der Globalisierung und der schärfsten internationalen Konkurrenz nur, wenn sie diese „Entwicklungsblockaden“ überwinde und „Reformstaus“ auflöse.

Statt für soziale Gerechtigkeit einzutreten wird sie umdefiniert: „Eigenverantwortung“ und „Bedürftigkeit“ als neue Grundprinzipien dieser Gesellschaft bedeuten die Abkehr vom Sozialstaatsprinzip unseres Grundgesetzes.

Auch künftig ist, trotz medienwirksamen verbalen „Umschwenkens“ nichts anderes zu erwarten.

Die schwarz-gelbe Agenda

Der sog. „Pakt für Deutschland“ von CDU/CSU sowie die Positionen der FDP zur Bundestagswahl zielen auf weitere Deregulierung und Entdemokratisierung.

Der damit angekündigte Abbau von Arbeitnehmerrechten, des Kündigungsschutzes, die Verlängerung der Arbeitszeiten, die Einführung der sog. „Kopfpauschale“, die Einschränkung der Mitbestimmung und die Beseitigung der Tarifautonomie würden nicht nur der wirtschaftlichen Entwicklung schaden und die Arbeitslosigkeit erhöhen.

Dieser Pakt für Deutschland stärkt Unternehmer und ihre Verbände, spaltet die Gesellschaft und zerstört die Chancen zur Herstellung von sozialer Gerechtigkeit dauerhaft.

Die Bürgerinnen und Bürger werden im September vor die Wahl zwischen zwei Übeln ge-

stellt. Es gibt keine Richtungswahl zwischen SPD/Grüne und CDU/FDP.

Es gibt aber die Wahl einer Alternative zur Politik der großen Koalition der vergangenen sieben Jahre.

Endlich sind Alternativen wählbar

Die große Mehrheit der Bevölkerung glaubt, dass keine der etablierten Parteien die Probleme lösen wird. Zur neoliberalen Politik der letzten 25 Jahre gab es seit 7 Jahren keine Alternative mehr. Die Linkspartei bietet diese Alternative. Wir wollen einen grundlegenden Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

1. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für eine zukunftsfähige Wirtschaft

Dazu brauchen wir eine Stärkung der Kaufkraft der Beschäftigten und ihrer Familien. Die Arbeitseinkommen folgen mindestens dem Produktivitätszuwachs und Preissteigerungen. Mindestlöhne und Ausbildungsplatzabgabe werden eingeführt.

Dazu brauchen wir ferner ein sozial und ökologisch gesteuertes Wirtschaftswachstum. Wir sind für ein umfangreiches und längerfristig angelegtes öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm und den Ausbau des Bildungswesens und sozialer Dienstleistungen.

Gegen die Arbeitslosigkeit brauchen wir deutliche Arbeitszeitverkürzungen. Dazu gehört auf gesetzlicher Ebene als erster Schritt eine wirksame Begrenzung der Arbeitszeiten.

Öffentliche und öffentlich geförderte Beschäftigung müssen ausgebaut und die aktive Arbeitsmarktpolitik wieder aufgestockt werden.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Lebensweise ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Wir streben daher einen ökologischen Umbau der Industriegesellschaft an. Wir brauchen erhebliche Energieeinsparungen, einen Umstieg auf erneuerbare Energieträger und eine Reduzierung der gesamten Stoffströme. Die Energieversorgung der Zukunft wird größtenteils auf Sonnenenergie beruhen. Dies muss schon heute entschieden vorangetrieben werden, auch durch große internationale Kooperationsprojekte. Damit wird vielen internationalen Auseinandersetzungen und Kriegen um Ressourcen die Grundlage entzogen.

2. Stärkung der öffentlichen Finanzen durch gerechte Steuern

Eine andere Politik ist möglich und bezahlbar.

Die Kassen sind leer, da der Anteil, den Vermögende und Konzerne zum Steueraufkommen beitragen, in den letzten Jahren dramatisch gesunken ist. Wären die Steuereinnahmen noch auf dem Niveau des Jahres 2000, würde der Staat jährlich 60 Mrd € mehr einnehmen.

Wir wollen die progressive Besteuerung aller Einkommensarten auf Grundlage einer vollständigen Erfassung der unternehmerischen Gewinneinkommen und aller anderen Kapitalerträge. Die Steuerschulpflöcher für Unternehmen und Bezieher hoher Einkommen müssen gestopft werden. Wir treten ein für eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes, für die Wiedereinführung einer Vermögens- und eine Erhöhung der Erbschaftssteuer.

3. Für einen solidarischen Sozialstaat

Wir wenden uns gegen einen Systemwechsel in der Krankenversicherung durch den Übergang zum Modell der Kopfprämien. Unsere Reformvorstellungen folgen dem Prinzip der solidarischen BürgerInnenversicherung. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in die Versicherungspflicht einbezogen werden.

Die paritätische Finanzierung zwischen Unternehmen und Lohnabhängigen wird beibehalten, die Kapital- und Vermögenseinkommen werden in die Beitragbemessung einbezogen.

Nach der Kranken- und Pflegeversicherung muss auch die Rentenversicherung mittelfristig auf alle Erwerbstätigen erweitert werden. Das Leben sollte so lange wie möglich eigenständig bzw. im Familienverbund möglich sein. Das oft unwürdige Leben im Pflegeheim ist eine Schande für unsere Gesellschaft. Deshalb sind umfassende Investitionen in Infrastruktur und Personal zum Abbau des Pflegenotstandes notwendig.

4. Arbeitslosigkeit statt Arbeitslose bekämpfen

In der Arbeitslosenversicherung muss das Arbeitslosengeld für langjährig Versicherte nötigenfalls auch deutlich länger als ein Jahr gezahlt werden. Im Anschluss muss wieder wie vor Hartz IV Arbeitslosenhilfe gezahlt werden. Gleichzeitig muss die Arbeitslosenversicherung arbeitsresistent gemacht werden. Unterbrochene Erwerbsbiographien, unregelmäßige, schlecht bezahlte und sozial ungeschützte Beschäftigung dürfen nicht in Armut münden. Jedem Menschen muss ein menschenwürdiges Leben ermöglicht werden.

Die Verschlechterungen durch die Hartz-Gesetze müssen zurückgenommen werden. Jobs, die schlechter als tariflich oder ortsüblich bezahlt werden oder die Qualifikationen der Menschen nicht berücksichtigen, müssen wieder als unzumutbar abgelehnt werden können. 1 Euro-Jobs müssen abgeschafft und durch öffentlich geförderte Beschäftigung ersetzt werden.

5. Kapitalmacht begrenzen

Mitbestimmung und Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen werden ausgebaut.

Aktienoptionen für Manager werden verboten. Bei Unternehmensfusionen werden Belegschaftsabstimmungen durchgeführt. Die Regulierung und Kontrolle auf den Finanzmärkten wird ausgebaut. Die wachsenden Ansprüche der Eigentümer und Aktionäre auf leistungslose Einkommen sind nur durch eine umfassende Demokratisierung der Wirtschaft zurückzudrängen. Die Steuerbefreiung bei Beteiligungsverkäufen wird zurückgenommen.

Die internationalen Währungsverhältnisse und Kapitalströme müssen stabilisiert und kontrolliert werden. Wir fordern die Einführung einer Steuer auf internationale Devisentransaktionen und einen konsequenten Kampf gegen Steueroasen.

6. Nein zur Privatisierung

Wir kämpfen gegen die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Die Versorgung der Menschen mit Wasser, Strom, Gesundheitsversorgung, Bildung und öffentlichen Transportmitteln ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht vom Geldbeutel abhängen darf. Deswegen fordern wir ein Zukunftsinvestitionsprogramm zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.

7. Hochwertige Bildung für alle, Chancengleichheit voran bringen

Wir wollen ein öffentliches und demokratisches Bildungswesen und keine Privatisierung der Bildung.

Wir wollen qualifizierte Ausbildungsangebote für alle Jugendlichen: Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Wir wollen den Ausbau der Hochschulen und die Gebührenfreiheit für Schulen und Hochschulen.

Neben Krippenplätzen muss es zügig ein umfassendes Vorschulangebot geben. Dazu gehören qualifizierte Ganztages-Kinderbetreuung für alle Altersklassen, in denen keine vorzeitige Auslese vorgenommen wird; Die Gleichstellung von Männern und Frauen gehört zu den Grundfesten einer demokratischen Gesellschaft. Sie erfordert nicht nur den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung, sondern auch die aktive Förderung der Geschlechter, wo immer überkommene Rollenbilder eine gleichwertige Teilhabe an Beruf und Gesellschaft verhindern.

Frauen und Männer müssen die freie Entscheidung darüber haben ob sie Teilzeit oder Vollzeit erwerbstätig sein wollen oder gar nicht. Erforderlich ist der Ausbau des Elterngeldes, eine Kindergrundsicherung, sowie von Teilzeitarbeit und Rechtsanspruch auf Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung.

Dazu gehört auch die Abschaffung des Ehegattensplittings mit Übergangsregelungen. Jede Erwerbsarbeit muss sozialversicherungspflichtig sein, damit Frauen während ihres Arbeitslebens auch Rentenansprüche erwerben und einen Krankengeldanspruch haben.

Ein besonders benachteiligter Personenkreis unserer Gesellschaft sind die über 7 Millionen Menschen mit Behinderungen sowie die etwa 20 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die von einer chronischen Erkrankung betroffen sind.

Insbesondere wenden wir uns gegen die Diskriminierung Behinderter und setzen uns ein für die Einrichtung von Behindertenräten, Erhöhung der Quote zur Einstellung Behinderter und Erschwerung der Flucht aus der Verantwortung durch Zahlung einer Ausgleichsabgabe und die konsequente Verfolgung von Verstößen gegen das Schwerbehindertenrecht.

8. Stärkung der Bürgerrechte

Die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung ist unverzichtbar für die Entwicklung des sozialen Zusammenhalts. Die Beseitigung jeglicher Diskriminierungen ist ein wichtiger Beitrag zur Selbstverwirklichung der Menschen in Freiheit.

Wir lehnen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden ab, weil sie unserem humanistischen Weltbild widersprechen. Die Menschenrechte sind unteilbar.

Die verfassungsmäßigen Grundrechte sind unveräußerbar.

Wir sind gegen Sondergesetze, Abschiebehaft und Schikane. Alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, müssen gleiche politische, soziale und kulturelle Rechte erhalten. In diesem Zusammenhang setzen wir uns entschieden für die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft ein.

Wir fordern unentgeltliche Sprachkurse für alle Eingewanderten.

Wir stehen für einen entschiedenen Kampf gegen alle Formen offener und verdeckter politischer Korruption und Bereicherung.

Wir treten ein für ein Verbot aller bezahlten „Nebentätigkeiten“ für Abgeordnete und die Beseitigung der Überversorgung bei politischen Funktions- und Mandatsträgern.

Wir treten für mehr Demokratie ein. Volksbefragungen und Volksentscheide sind zentrale Instrumente zur Durchsetzung weitgehender direkter Demokratie.

9. Europa ist mehr als eine Freihandelszone

Wir sind für ein demokratisch organisiertes, soziales und friedliches Europa und lehnen daher die vorliegende EU-Verfassung in ihrer neoliberalen und sehr begrenzt demokratischen Ausrichtung ab.

Dazu fordern wir eine Volksabstimmung auch in Deutschland. Wir wollen die Rücknahme aller Bestimmungen, die Deregulierung und Privatisierung vorantreiben. Wir treten ein für die volle Herstellung der Rechte und Pflichten des Europäischen Parlaments als der Volksvertretung aller Europäerinnen und Europäer sowie für das Recht der Volksbefragung und des Volksentscheides auf europäischer Ebene. Wir sind gegen eine Militärmacht Europa.

Wir sind für die Anhebung der europäischen Sozialstandards, ein europäisches öffentliches Infrastrukturprogramm und steuerliche Mindestsätze.

10. Für Frieden und Solidarität

Wir lehnen die Aufrüstung der NATO, der EU-Streitkräfte und der Bundeswehr ab. Sie dürfen nicht für die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen oder für einen „Krieg gegen den Terrorismus“ eingesetzt werden.

Wir wollen die Rüstungsgeschäfte bundesdeutscher Konzerne beenden.

Wir wenden uns gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, Kriegeinsätze unter der Flagge der EU sowie jegliche Unterstützung von Kriegeinsätzen der USA oder anderer Länder im Irak oder anderswo.

Völkerrecht und Genfer Konvention müssen beachtet werden.

Wir setzen uns für die weltweite Abschaffung der Atomwaffen und Entwicklung von Sicherheitspartnerschaften ein.

Die Entwicklungshilfe muss auf 0,7% des Bruttoinlandsprodukts angehoben, so wie es die Vereinten Nationen fordern.

Im Zentrum unserer Politik stehen die Erhaltung und die grundlegende Erneuerung des Sozialstaates.

Er ist eine wesentliche zivilisatorische Errungenschaft. Lange und erbitterte gesellschaftliche Auseinandersetzungen haben ihn im vergangenen Jahrhundert zwar noch nicht verwirklicht, aber doch Wesentliches durchsetzen können. Den Sozialstaat sichern, heißt, ihn für die Bedingungen im 21. Jahrhundert weiter zu entwickeln.

Wir sind die Opposition gegen die herrschende, neoliberal bestimmte Politik. An einer Regierung im Bund werden wir uns nur dann beteiligen, wenn dies zu einem grundlegenden Politikwechsel auf der Basis unseres Gründungsprogramms führt. Wir werden uns nicht an einer Regierung beteiligen oder sie tolerieren, die Sozialabbau betreibt.

Jede Zusammenarbeit mit neonazistischen und anderen rechtsgerichteten Parteien oder Gruppierungen lehnen wir entschieden ab.

Wir haben heute die Chance, gemeinsam eine neue, starke soziale Alternative zur neoliberal dominierten Einheitspolitik der etablierten Parteien aufzubauen. Deshalb rufen wir zur Wahl der Linkspartei auf und wollen in den kommenden Jahren weiter an diesem gemeinsamen Ziel arbeiten. Das wird auch die sozialen Kräfte außerhalb des Parlaments und der Parteien wesentlich stärken.

Wir wollen den Kapitalismus nicht nur mit Worten kritisieren, sondern ihm im politischen Handeln soziale und ökologische Schranken setzen und die Macht des Kapitals zurückdrängen. Wir streben ein breites Bündnis mit allen Menschen an, die mit uns in dem Gedanken geeint sind – eine andere Politik ist möglich und machbar.

Die Chance für eine neue soziale Kraft besteht.

Wir werden sie nutzen.



Der Schlüssel zum Frieden liegt in der Hand des Westens

Der Terroranschlag von London hat ein weiteres Mal vor Augen geführt, dass Frieden in der modernen Welt unteilbar ist. Die ernste Störung des interkulturellen Zusammenlebens auf der Welt, die der Krieg der Westmächte in Afghanistan und im Irak verursacht, schlägt auf die westlichen Metropolen zurück.

In London starben mehr als 50 Menschen, über 700 wurden zum Teil schwer verletzt. Aber das beschreibt Charakter und Schärfe des Konflikts und das Ausmaß der Zerrüttung nur einseitig. Innerhalb weniger Stunden nach dem Anschlag erhielt der Muslim Council of Britain 30.000 Hass-Mails. Die islamische Kommission für Menschenrechte forderte die Muslime – rund 10% der Londoner Bevölkerung – aus Sorge vor Racheakten auf, zu Hause zu bleiben; tatsächlich wurden bis zum Wochenende 70 tätliche „Zwischenfälle“ und landesweit mehrere Übergriffe auf Moscheen verzeichnet, Brandanschläge auf Moscheen in London, Leeds, Telford und Birkenhead sowie Zerstörungen bei zwei Moscheen in Bristol. (ftd, FAZ, 11.7.) Wie selbstverständlich hatte Tony Blair „islamistische“ Terroristen der Urhebererschaft der zeitgleichen Anschläge beschuldigt und damit letztlich den Islam mit dem Terror in Verbindung gebracht. Und wie selbstverständlich verlangt alle Welt von den muslimischen Gemeinden und Vertretungsorganen, sich zu distanzieren, und sind diese unter Druck, sich zu distanzieren (als ob sich die protestantischen Religionsgemeinschaften mit ihren zahlreichen

fundamentalistischen Strömungen je von den Opfern der US-, britischen oder deutschen Kriegsführung in Afghanistan oder Irak hätten distanzieren müssen – nicht auf solche Weise, als trügen sie unmittelbar Verantwortung). Der Terror zielte auch und nicht zuletzt auf das interkulturelle Zusammenleben in der Metropole London, und zugleich legte er bloß, wie fragil und bedroht dieses Zusammenleben tatsächlich ist.

Wie zuvor in New York und Madrid galten die Anschläge einer westlichen Metropole. London gilt neben New York und Tokio als eine der wichtigsten Steuerungszentralen der kapitalistischen Weltwirtschaft, als einer der bedeutendsten Standorte für die Finanzmärkte und für die Steuerung weltweit agierender Konzerne. In London laufen die Stränge eines weltumspannenden ökonomischen Netzes zusammen, fallen für die Entwicklung weit entfernter Länder und Regionen weitreichende Entscheidungen. Aber die Anschläge haben deutlich gemacht, wie verletzlich Metropolen, wie verletzlich diese Metropole London ist, in der sich Macht und Reichtum wie kaum anderswo zusammenballen. Sie haben für einige Tage das U-Bahn-Netz lahmgelegt und damit schlagartig auch die „City“, den Systemkopf.

Noch ist nicht bekannt, wer die Anschläge in London ausführte und ob es sich um sog. Selbstmordanschläge handelt. Doch mit Blick auf das Phänomen der Selbstmordanschläge in Palästina und im Irak, auf den Anschlag auf das World Trade Center, auf andere Terroranschläge, auch auf den Mord am niederländischen Filmemacher Van Gogh sind einige Überlegungen angebracht – Überlegungen, die nicht auf den Islam als Hintergrund des Terrors verweisen, oder, wie manche Kommentatoren mit Blick auf den „Islamismus“ schreiben: das Mittelalter, sondern im Gegenteil auf die moderne Gesellschaft. Gerade seit dem 9.11. muss man zur Kenntnis nehmen, dass es nicht zuletzt junge, gut ausgebildete Studenten oder Absolventen technisch-naturwissenschaftlicher Studienrichtungen sind, die sich und andere töten, Intellektuelle, die die modernen Technologien beherrschen. Ist ihr allererstes, ausschlaggebendes Motiv der „heilige Krieg“ im Sinne eines mittelalterlichen Islam – oder der Selbstmord?

Emile Durkheim, der Begründer der modernen Soziologie, weist in seiner Untersuchung des Selbstmordes nach, dass dieser, als ein Phänomen der modernen, kapitalistischen Gesellschaft, in Zeiten der wirtschaftlichen Krise ebenso wie der wirtschaftlichen Blüte gravierend zunimmt. Das heißt in Zeiten, in denen die gewohnte Ordnung aus den Fugen geraten ist und Leben, gemessen an den Erwartungen, scheitert

oder Erwartungen bodenlos werden. Durkheim verweist auch auf eine Auswertung von rund 1.500 Abschiedsbriefen, die zeigt, dass der Selbstmord aus Verbitterung, Kränkung, Zurückweisung, Zukunftsangst, die mit solchen Erschütterungen einhergehen, oft mit unbändigem Rachedurst verbunden ist und dem Verlangen, andere Menschen mit in den Tod zu reißen. In Erinnerung ist hierzulande besonders der Amoklauf von Robert S. in seiner früheren Schule in Erfurt; aber es gibt unzählige weniger bekannte Fälle von Selbstmord z.B. durch herbeigeführte Verkehrsunfälle oder Gasexplosionen, wo der Tod anderer zumindest in Kauf genommen wird.

Der Verlauf der kapitalistischen Globalisierung, die Versuche des Westens, Modernisierung im Mittleren Osten auch militärisch durchzusetzen, verbunden mit einer repressiven Migrationspolitik, die gerade nicht von wirklicher globaler wirtschaftlicher Integration ausgeht, das alles wird von Millionen und Abermillionen Menschen als Ausschluss, Unterdrückung, Zerstörung erfahren. Für junge Migranten gerade mit islamischem Hintergrund ist die Erfahrung von Verachtung, Zurückweisung und Ausschluss alltäglich, eine Erfahrung, die um so leichter zu Verbitterung führt, je größer, etwa aufgrund der Anstrengung eines Studiums, die Erwartung ist, die sie sich im Blick auf ihre Altersgenossen eigentlich machen können. Überdies wird diese Erfahrung der Missachtung durch den Krieg des Westens in Afghanistan und Irak auf brutale Weise bestätigt.

Das erklärt oder rechtfertigt gar die Strategie des Terrors nicht. Die Hintermänner des Terrors machen sich die Situation zunutze. Samir Amin vertrat in einem Artikel in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“ die Auffassung, dass es sich bei den fundamentalistischen Bewegungen um parareligiöse, im Kern rechtsradikale Bewegungen handelt. Ihr Nährboden sind die tiefen weltweiten Widersprüche, die sich im Zuge der Globalisierung verschärfen und die die Westmächte nicht friedlich beilegen, sondern mit Krieg zu bewältigen suchen.

In jeder Hinsicht sind für Vorwürfe, Mahnungen und Schuldzuweisungen die muslimischen Gemeinden die völlig falsche Adresse. Die westliche Welt muss den Krieg in Afghanistan und Irak beenden und wird damit auch der terroristischen Gegenstrategie den Boden entziehen. Statt, wie sich abzeichnet, die Repression gegen die Migrantinnen und Migranten durch immer neue „Sicherheitsgesetze“ zu verschärfen und dadurch vor allem die Muslime zum inneren Feind zu stempeln, muss in der Migrationspolitik eine Wende eingeleitet und die Integration, das solidarische, interkulturelle Zusammenleben gefördert werden.

scc



Seit fast zwei Jahren streiken die Beschäftigten der Firma Caballito in Vitoria-Gasteiz (Baskenland). In dieser Woche wollen rund 50 der 100 Streikenden in Marienheide im Oberbergischen vor den Pforten der deutschen Mutterfirma Pferd-Rüggeberg demonstrieren. Unterstützung haben sie bitter nötig. Der Konflikt entwickelte sich 2003, als Pferd-Rüggeberg, Hersteller von Schleifscheiben und anderen Schleifmitteln, die Verhandlungen um den ausstehenden Tarifvertrag abbrach. Er wurde noch dadurch verschärft, dass Caballito in eine moderne Produktionsanlage umzog und dabei 25 Beschäftigten kündigte. Zuvor hatte Pferd-Rüggeberg gedroht, die Löhne über Jahre hin einzufrieren. Sollte es keine Garantien der Belegschaft über einen sozialen Frieden geben, müssten 25 bis 35 Arbeiter entlassen werden, lautete der Erpressungsversuch. Der Betriebsrat stellte sich gegen die Forderung; schon im Jahr zuvor waren 30 Arbeitsplätze durch Frühverrentung abgebaut worden. Die Streikenden erhielten in den vergangenen Jahren vor allem aus dem Baskenland viel Unterstützung, u.a. riefen die Gewerkschaften zu landesweiten Solidaritätsstreiks auf. (Quelle: Ralf Streck, Indymedia, div. Artikel)

Umstrittene Amnestiepläne in Algerien

Noch vor Jahresende will Präsident Bouteflika die algerische Bevölkerung per Referendum über eine Amnestie für die zwischen 1992 und 2002 begangenen Verbrechen abstimmen lassen. In diesen zehn schrecklichen Jahren hat der Krieg zwischen bewaffneten islamistischen Gruppen und der Staatsmacht wahrscheinlich 200.000 Menschen – nach Bekundungen Bouteflikas – das Leben gekostet, weitere Zehntausende sind „verschwunden“, Hunderttausende wurden Opfer von willkürlichen Verhaftungen, oft auch Folter. Die Amnestieabsicht ist umstritten und stößt insbesondere auf den überlebenden Opfern des Konflikts



und ihren Angehörigen auf erbitterte Ablehnung. Sie kritisieren vor allem, dass eine Amnestie ohne Wahrheit und Gerechtigkeit nicht zur Versöhnung führen kann. Vor allem die Angehörigen der Verschleppten lassen, trotz Repression, nicht von ihrer Forderung nach Aufklärung (Bild: Demonstration von Angehörigen Verschleppter in Paris). Von den etwa 18.000 von staatlichen Sicherheitskräften Verschleppte erkennt der Staat gerade einmal ein Drittel an, fühlt sich aber nach Auskunft seines Sonderbeauftragten Ksentini „aus Mangel an Beweisen außer Stande, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen“. Für die von terroristischen Gruppen Verschleppten – nach Schätzung von Menschenrechtsorganisation beläuft sich ihre Zahl auf ca. 10.000 – fühlt sich überhaupt niemand verantwortlich. Mit der Generalamnestie, kritisieren algerische und internationale Menschenrechtsorganisationen, würde praktisch die Straflosigkeit für massive Verbrechen gegen die Menschheit gesetzlich verankert. „Zuerst müssen die Terroristen für ihre Verbrechen verurteilt werden, ebenso Angehörige der Sicherheitskräfte, wenn sie für Entführungen, Folter und Hinrichtungen ohne Gericht-

surteil verantwortlich sind. Zudem müssen Befürworter wie Gegner Gelegenheit bekommen, ihre Meinung frei zu vertreten. Die ehemalige FIS sollte sich öffentlich entschuldigen. Erst dann kann das Volk über eine Generalamnestie entscheiden“, so der Anwalt und Menschenrechtler Mokrane Ait Labi. (Quelle: ND, Algeria watch)

Israel: Auseinandersetzung um Rückzug eskaliert

Für den 18. Juli ruft der Siedlerrat zu einem dreitägigen Marsch auf. Der Konvoi soll rund 30km von der Stadt Netivot im Süden Israels losgehen zum Katif-Siedlungsblock im Gazastreifen. Nach Angaben des Siedlerrats haben sich bisher 70.000 Menschen bereit erklärt, am Marsch teilzunehmen, gerechnet wird mit 100.000. Sollte die Polizei wie zu erwarten die Wagenkolonne am Weiterfahren hindern, wollen die Demonstranten zu Fuß weitermarschieren. Ziel ist, möglichst viele Unterstützer in die zu räumenden Siedlungen zu bringen, um die Räumung noch mehr zu erschweren. Während etliche der 8.500 israelischen Siedler im Gaza-Streifen die am 15. August ablaufende Frist nicht abwarten und ihre Wohnungen räumen, verschärfen andere Siedlergruppen die Auseinandersetzung. Ende Juni räumten die Sicherheitskräfte ein verlassenes Hotel, in dem sich rund 100 der äußersten Rechten zugerechnete Siedler verschanzt hatten. Gegen Sharon gibt es Morddrohungen, und er kann sich nur unter extremer Bewachung in der Öffentlichkeit zeigen. Bisher haben über 60 Sicherheitskräfte den Einsatz gegen die Siedler verweigert, allen drohen harte Strafen. Doch trotz spektakulärer Aktionen der Siedler, die eine große Unterstützung durch die israelische Gesellschaft demonstrieren sollen, sprechen sich stabile Mehrheiten in Umfragen für den Rückzug aus dem Gaza-Streifen und einigen Siedlungen im Westjordanland aus. Anträge von Finanzminister Netanjahu und zwei weiteren Ministern auf Verschiebung des Rückzuges wurden mit 18 Gegenstimmen abgeschmettert, auch in der Knesset scheiterte ein Antrag auf Verschiebung. Jedoch verweigert die israelische Regierung weitestgehend die Zusammenarbeit mit den palästinensischen Behörden bei der Vorbereitung der Übergabe. Vereinbarung war z.B., dass die Gewächshäuser auf dem Siedlungsgebiet unbeschädigt an die Palästinenser übergeben werden, dies würde 15.000 Palästinensern Arbeit verschaffen. Doch nichts geschieht, und man befürchtet, dass die Gewächshäuser vor dem endgültigen Rückzug von Banden geplündert und zerstört werden. (Quelle: NZZ, Ha'aretz)

Zusammenstellung: scc

TÜBINGEN. Am 2. Juli fand in über 80 Städten die zweite bundesweite Nacht der Solidarität des Aktionsbündnisses gegen Aids statt. Eine überdimensionale Aidsschleife aus rotem Stoff (siehe Bild) setzte z.B. an der Stiftskirche in Tübingen ein Zeichen: Bei der Aktion „Aidsbehandlung für alle – Pillen statt Profit“ brachten hunderte von BesucherInnen „Medikamentenschachteln“ mit ihrer Unterschrift an der Aidsschleife an. Sie forderten damit gemeinsam mit dem Bündnis sechs Pharmakonzerne auf, die Preise für Aidsmedikamente zu senken, Dosierungen für Kinder anzubieten und die Patentrechte für die armen Länder frei zu geben. Erstes Ergebnis der Aktion, die vor einem Monat gestartet wurde, sei, dass bereits Anfang Juli ein Gespräch mit dem Verband forschender Arzneimittelhersteller, dem Dachverband der sechs angesprochenen Herstellerfirmen, stattfinden werde, so Katja Roll vom Aktionsbündnis gegen Aids. www.epo.de



„Am Ende hängt alles wieder vom Geldbeutel der Eltern ab“

MÜNCHEN. 3–5.000 Menschen demonstrierten am 25. Juni 2005 in München gegen das geplante Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, das die Staatsregierung als verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf anpreist. Joachim Feichtl von der Arbeiterwohlfahrt München kritisierte dagegen, der Freistaat kürze seine Zuschüsse zu Lasten von Eltern und Kindern undbürde den Kommunen die volle Verantwortung auf. Die neuen Regelungen machten eine flexible Kinderbetreuung, die sich an den Bedürfnissen der Familien orientiert, unmöglich. Drei Tage später versuchten SPD und Die Grünen in einer 14-stündigen Landtagsdebatte die CSU-Front aufzuweichen. Die Demonstrationsaufrufe, 20.000 Unterschriften und mehr als 400 Petitionen hatten das große Misstrauen in das neue Kinderbetreuungsgesetz ja schon deutlich gemacht. Doch es half nichts. Die CSU setzte ihr Konzept durch. Ausführliche Argumente der Protestbewegung siehe www.top-homepage.de/kita/ *baf*

Proteste gegen Bildungspolitik des Hamburger Senats gehen weiter

HAMBURG. Auch nach der großen Bildungsdemonstration, an der sich am 16. Juni rund 20.000 Menschen beteiligten, dauern die Proteste trotz beginnender Sommerferien gegen die Bildungspolitik des Senats an. Besonders erbittert sind die Auseinandersetzungen um das Büchergeld, das die Eltern ab August zahlen sollen und das jährlich 2,5 Millionen in die Kasse der Hansestadt bringt. Nicht wenige Eltern und Elternvertretungen boykottieren das Büchergeld, zumal die Lehrmittel, für die gezahlt werden muss, nicht einmal alle zur Verfügung stehen werden. Jetzt ist die Schulbehörde auf die Idee gekommen zu verfügen, dass die Schulvereine für

die Bezahlung des Büchergelds in so genannten „Härtefällen“ herangezogen werden. Die Schulvereine werden auf freiwilliger Basis von den Eltern finanziert und fördern z.B. die Schülerberatung, Sportveranstaltung, die Ausstattung von Integrationsklassen, Schüleraustausch usw. „Missbrauch der Schulvereinsgelder werden wir nicht tolerieren“, teilt die Elternkammer der Behörde mit, und sie fordert weiter, dass die Beurteilung von Härtefällen so vorgenommen werden muss, dass „insbesondere damit die persönliche Würde der einzelnen SchülerInnen und deren Eltern durch die Darlegung der familiären Notlage nicht verletzt wird“. – Widerstand spürt der Senat auch in der Frage der 13,50 Euro, die er zukünftig für das bisher pauschal im Elternbeitrag enthaltene Mittagessen in den Kitas einkassieren will (jährlich 6 Mio.). Der Elternbeirat der Kita „Die Schatztruhe“ forderte jetzt den Senat zur sofortigen Rücknahme der Maßnahme auf. *lbhh*

„Familienoffensive“ gefährdet die Qualität der Kitas in Thüringen

ERFURT. Die Gewerkschaft ver.di ruft Eltern, Erzieherinnen und Träger auf, für einen guten Standard in den Kindertagesstätten in Thüringen einzutreten und bis zur geplanten Beschlussfassung über die neue „Familienoffensive“

im Oktober den Protest gegen die Landesregierung zu steigern. Entgegen der Beteuerungen des Ministerpräsidenten sei die Mittelumverteilung eben kein Nullsummenspiel für die Kindertagesstätten. Insgesamt würden sie mindestens 40 Mio. Euro weniger als bisher an Landesförderung erhalten. „Alles in allem stehen diese Änderungen für Qualitätsverlust, die Aufgabe von Chancengleichheit und die Abkehr vom Ziel guter frühkindlicher Bildung,“ kritisiert ver.di. www.verdi.de/thueringen/lbz

ver.di zufrieden: Wohlfahrtsverband bleibt in öffentlicher Trägerschaft

FRANKFURT A.M. Die Einrichtungen des Landeswohlfahrtsverbandes (LWV) werden zwar in eine private Rechtsform überführt, verbleiben aber in öffentlicher Trägerschaft. Dieser parteiübergreifende Beschluss der LWV-Verbandsversammlung fand am 7. Juli 2005 Zustimmung bei der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, die in den letzten Monaten mehrfach und öffentlich vor einer Zerschlagung und Privatisierung des Verbandes gewarnt hatte. Zufrieden zeigten die Gewerkschafter sich auch mit der Entscheidung, die konkrete Umgestaltung in enger Zusammenarbeit mit ver.di vorzunehmen. Für die anstehenden Verhandlungen stellte ver.di u.a. folgende Forderungen auf: Erhalt der Arbeitsplätze, Anbindung der Einrichtungen an den Flächentarif für öffentliche Krankenhäuser, keine Einschränkung der Mitbestimmung und Verbleib der Einrichtungen in einem Verbund unter Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes. ver.di sieht den Verhandlungen zuversichtlich entgegen, da die Arbeitgeberseite schon am 9. März zur letzten Verbandsversammlung mitbekommen hat, dass die Beschäftigten willens und in der Lage sind, für ihre Interessen zu kämpfen und dafür auch auf die Straße zu gehen. www.lwv-sozialabbau.de



900 Euro Strafe – Kampagne „free online protest“ geht weiter

FRANKFURT A.M. Vor dem Frankfurter Amtsgericht endete der erste Prozess gegen einen der Initiatoren der ersten Online-Demonstration in Deutschland mit einer Verurteilung und Geldstrafe von 900 Euro. Im Urteil folgte Amtsrichterin Wild nicht nur in weiten Teilen der Argumentation der Staatsanwaltschaft, sondern kreierte weitere Anmerkungen zur Verurteilung wegen „Nötigung“. Sie stellte „Gewaltanwendung“ und auch die „Androhung eines empfindlichen Übels“ fest, was mit der Online-Demo gegen Lufthansa verbunden war. Opfer waren buchungswillige anonyme User und die Mitarbeiter/innen der Lufthansa AG. In ihrer Urteilsbegründung sah Richterin Wild allein „durch die Kraftentfaltung des Mausclicks“ bereits eine erhebliche „Zwangswirkung“ auf potentielle User der Lufthansa-Webseite, die zum Zeitpunkt der Protestaktion das Onlineportal der Abschiebe-Airline hätten besuchen wollen. Dabei verglich sie die Gewaltanwendung des Mausclicks mit Elektroschockern. Richterin Wild setzte zudem das geltende Versammlungsrecht außer Kraft, in dem sie dem Online-Protest lediglich den Charakter einer „Ansammlung“ zubilligte, die zugleich aber wie eine illegale „Blockade“ der Lufthansa-Webseite gewirkt habe.

Außerdem sah Richterin Wild den Tatbestand der „Gewalt in seiner stärksten Form erfüllt“, da im Internet auf elektronischem Wege der „Willen Anderer gebeugt“ worden wäre. Richterin Wild, die zuvor sämtliche Beweisanträge der Verteidigung als „unrelevant“ abgelehnt hatte, folgte ihrer Art Rechtsauffassung, die sich schon in harten Verurteilungen von Irakkriegsgegnern, die 2003 die US-Airbase blockierten, ausgedrückt hatte. Und auch im virtuellen Raum, möchte die Amtsrichterin Rechtsgeschichte schreiben. Ihr ging es mit dem Urteil auch darum, „potentielle Nachahmer“ abzuschrecken.

Rechtsanwalt Scherzberg forderte in seinem Schlussplädoyer den bedingungslosen Freispruch. Er zweifelte die juristische Kompetenz der Staatsanwaltschaft an, die nicht in der Lage war, kausale Zusammenhänge zu verbalisieren. Der Angeklagte beharrte auf dem Recht der freien Demonstration auch im Internet. Bereits im Schlusswort nahm er den Urteilsspruch vorweg als er betonte, dass allein die Tatsache dieses Prozesses beweise, dass „das Internet unter die Fuchtel des Polizeirechts“ gestellt werden solle. Während der Urteilsverkündung forderten ZuschauerInnen mit Transparenten die Demonstrationsfreiheit „online wie offline“.

Die Verteidigung und der Angeklagte kündigten Revision an.

www.libertad.de



UN-Millennium-Gates

UN-Kampagne „No-excuse-2015“ Millennium-Gates: Acht Tore. Acht Ziele.

BENSHEIM/BERGSTRASSE. Engagement zeigen – Menschen mobilisieren – Armut bekämpfen“ unter diesem Motto startet die nationale UN-Millenniumkampagne. Acht stilisierte und mit einem Banner verbundene Figurenpaare bilden die sogenannten Gates oder Tore. Jedes Tor steht für ein Millenniumsentwicklungsziel: 1. Beseitigung der extremen Armut und des Hungers auf der Welt bis 2015. 2. Bereitstellung der Grundschulbildung für alle Kinder bis 2015. 3. Förderung der Gleichheit der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen bis 2015. 4. Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015. 5. Senkung der Müttersterblichkeit um drei Viertel bis 2015. 6. Erfolgreiche Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten bis 2015. 7. Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit bis 2015. 8. Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. Die 3,80 Meter hohen Figurenpaare symbolisieren die Partnerschaft von Menschen aus reichen und armen Ländern. Die Hoffnungen richten sich u.a. darauf, dass Kommunen und kommunale Verbände, als Hauptträger gesellschaftlicher Integration, eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung ihrer BürgerInnen spielen.

Die deutsche Premiere der Tore findet derzeit in Bensheim/Bergstraße statt. Anlässlich der „Internationalen Woche Bensheim – Augen auf für Eine Welt“ vom 8.–17. Juli wurden die Gates erstmalig installiert. Im Rahmen des Weltjugendtags vom 15.–22. August wird der Bonner Münsterplatz die Gates beherbergen. www.service-eine-welt.de

„Krieg spielen mit Hartz IV“? DFG-VK kritisiert Minister Struck

VELBERT. Als „Diskriminierung der Erwerbslosen“ bezeichnet Monty Schädel, Bundessprecher der Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), den Vorschlag des Bundesministers Struck vom 27. Juni, beim Training der Bundeswehr für Auslandseinsätze Erwerbslose als günstige Komparsen einzusetzen: „Unter dem Vorwand, die soziale Lage der

Menschen in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern und die Kosten bei der Bundeswehr senken zu wollen, proibiert die Bundeswehr hier in einer strukturschwachen Region Deutschlands neue Formen des Werbens für das Militär aus. Im Rahmen des großen Umrüstungsprogramms zur Kriseninterventionsarmee erscheinen diese Imagemaßnahmen Strucks als sinnvoll, da einschließlich der beiden gestern überführten Toten nunmehr über 50 Soldaten bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen sind. Die gesellschaftliche Akzeptanz soll wieder durch die Einbindung möglichst vieler Menschen in militärische Zusammenhänge erhöht werden. Auslandseinsätze schaffen Arbeit – ist das die neue Botschaft Strucks? – fragt die DFG-VK.“

Wer den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Regionen der Bundesrepublik aus der prekären sozialen Lage helfen will, sollte nach Aussage des DFG-VK Bundessprechers Schritte zur Abrüstung einleiten. „Rüstungskonversionsprogramme sind auch ökonomisch zweckmäßig und schaffen bereits mittelfristig nachhaltige und zugleich volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeit im zivilen Bereich.“

www.deutsche-friedensgesellschaft.de

Aktionen am 20. August gegen einen Nazi-Aufmarsch in Wunsiedel

WUNSIEDEL. 48 Leute hatten Mitte März die Gründung einer „Bürgerinitiative zur Bündelung des gesamten Bürgerengagements gegen die unerwünschten braunen Aufzüge“ beschlossen, inzwischen ist das Bündnis zehnfach größer. Neben juristischen Initiativen versucht die Stadtverwaltung zusammen mit der Jugendinitiative gegen Rechtsextremismus und den Kirchen über ein Vorträge, Diskussionen, kulturelle und ökumenische Aktivitäten die EinwohnerInnen zu mobilisieren und am 20. August zu einem „Tag der Demokratie“ von 10–20 Uhr auf die Straße zu bringen. Die Antifaschistische Aktion mobilisiert bundesweit mit Veranstaltungen zu einer Demo am 20. August in Wunsiedel. www.tag-der-demokratie.de. www.ns-verherrlichung-stoppen.tk.

Zusammenstellung: baf

„Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“

Die gleichnamige Veranstaltung vom Kölner Flüchtlingsrat, dem Unterstützerkreis für die von Abschiebung bedrohten Kinder und Jugendlichen und vom Kölner Runden Tisch für Integration war beeindruckend. Und nicht nur weil das Dom-Forum rammelvoll war. Das allein war schon nicht selbstverständlich, ging es doch um die Verfestigung des Aufenthalts von jahrelang in Köln geduldeten Flüchtlingen, um die Ermessensspielräume der Ausländerbehörde und um das richtige Verständnis des neuen Aufenthaltsgesetzes, dem Kernstück des Zuwanderungsgesetzes.

Die von Isabel Schayani souverän moderierte Podiumsdiskussion ist vor allem deshalb zu würdigen, weil damit in Köln angefangen wurde, öffentlich mit den Flüchtlingen selbst, mit allen wichtigen Parteien und allen Unterstützergruppen eine Auseinandersetzung zu führen, die scheinbar nur noch von Konfrontation geprägt ist, gerade auch im Hinblick auf die anstehenden Neuwahlen zum Bundestag.

Als das Zuwanderungsgesetz verabschiedet worden war, dachten rot-grüne Parlamentarier wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Wiefelpütz und Volker Beck von Bündnis90/Die Grünen, sie hätten ein Gesetz verab-

schiedet, das zu einem Ende der sog. Kettenduldungen dadurch führen könnte, dass die über 220.000 Flüchtlinge mit Duldungs-Status endlich eine Aufenthaltsverfestigung (einschließlich Arbeitserlaubnis) erhalten würden. Sie hatten die Rechnung ohne die Innenminister gemacht. Deren Ausführungsbestimmungen zum Gesetz sehen vor, dass die auch als „unerlaubt Eingereiste“ Bezeichneten gefälligst wieder ausreisen mögen und keinesfalls mit einer Aufenthaltserlaubnis „belohnt“ gehören.

Auf dem Kölner Podium war diese ordnungspolitische Position vertreten durch Herrn Granitzka von der CDU, Herrn Breite von der FDP, Frau dos Santos von der SPD und sozusagen von Amts wegen von Frau Dahmen, der Leiterin der Ausländerbehörde. Für eine humanitäre Lösung des Konflikts traten neben den Veranstaltern Ossi Helling von den Grünen, Jörg Detjen von der PDS und Pfarrer Decker, der Direktor der Caritas in Köln, ein. Ihnen wäre es am liebsten, es würden alle, die länger als fünf Jahre in Köln geduldet leben, eine Aufenthaltserlaubnis erhalten.

Das humanitäre Anliegen von „Wer lange hier lebt, muss bleiben dürfen“

wurde von Reinhart Hocker vom Unterstützerkreis und Claus-Ulrich Pröhl vom Flüchtlingsrat, aber auch aus dem Publikum selbst von Flüchtlingen und ihren Unterstützern durch viele bewegende Einzelschicksale vermittelt. Auf dieser Ebene der Einzelfall-Hilfe waren auch die Ordnungspolitiker letztlich zu mehr Bewegung bereit, als viele Skeptiker vor der Veranstaltung sich hatten vorstellen können. Frau Dahmen bemühte sich, dem Publikum den „humanen Touch“ ihrer Behörde zu versichern, in dem sie von der Aufenthaltsverfestigung einer Familie aus dem Kirchenasyl berichtete. Auch Herr Granitzka schilderte am Beispiel der Unterstützung für zwei türkische Jugendliche, die ihren Aufenthalt verloren hatten, dass er in besonderen Notfällen durchaus auch für unkonventionelle Hilfe zu haben ist.

Da Claus-Ulrich Pröhl und Reinhart Hocker aus ihrer Beratungspraxis be-



Freistaat Bayern tut Unrecht: Die Abschiebung von Familie Avdija

4.7.2005 Nach Abschiebung aus dem Bezirkskrankenhaus Erlangen mit eigens gechartertem Flugzeug – Die traumatisierte und suizidale Frau Avdija wird mit ihrem Mann und vier Kindern in der slowenischen „Strafanstalt“ Postojna festgehalten

Freitagabend, 1. Juli, um 19.00 Uhr: Das Elternpaar Aziz (37) und Eljheme (39) Avdija wird mit ihren vier Kindern Zejnepe (16), Idriz (14), Florim (12) und Lumturije (10) mit einem eigens gecharterten Flugzeug vom Flughafen München nach Ljubljana / Slowenien abgeschoben.

Ein Pilot von Adria Airways hatte sich am Freitagmorgen geweigert, die Familie Avdija auf einem Linienflug mitzunehmen, „weil er das Sicherheitsrisiko nicht auf sich und die Verantwortung übernehmen wollte“, so eine Mitarbeiterin von Adria Airways.

Nach Ihrer Landung in Ljubljana um 20.00 Uhr wird Familie Avdija von der slowenischen Asylbehörde übernommen. Heute Mittag bestätigte Franci Zlatar, Leiterin des psychosozialen

Zentrums für Flüchtlinge „Slovene Philanthropy“ (www.filantropija.org), dass die ganze Familie in der Strafanstalt in Postojna untergebracht wurde. Die Strafanstalt Postojna liegt auf einem ehemaligen Militärgelände in dem Dorf Veliki Otok. Sie ist eines von drei slowenischen Lagern für Asylflüchtlinge und Abschiebehäftlinge gleichermaßen. Die Familie Avdija hatte im Februar 2005 in Slowenien Asyl beantragt. Zwischenzeitlich ist ihr Asylverfahren ablehnend abgeschlossen. Wenn sie keinen neuen Asylantrag stellen können, werden sie weiter in den Kosovo abgeschoben.

Familie Avdija gehört im Kosovo zur Minderheit der Ashkali. Sie sind dort geflohen, weil sie durch albanische Nationalisten geschlagen, verfolgt und bedroht worden. Die UN-Flüchtlingsorganisation UNHCR fordert in ihrem aktuellen Bericht vom März 2005 einen fortdauernden Flüchtlingsschutz für Ashkali aus dem Kosovo. UNHCR sieht die Sicherheitssituation im Kosovo insgesamt als „weiterhin zerbrechlich und

unberechenbar.“

Die ständige Angst um den Ehemann und die Kinder ließen Frau Avdija krank werden. Laut Gutachten des BKH Erlangen leidet Frau Avdija u.a. an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Im Kosovo wird es aber keinerlei Behandlungsmöglichkeiten für Frau Avdija geben:

Der UNHCR spricht sich aus für die besonderen Schutzbedürfnisse von „Personen mit schweren oder chronisch psychischen Erkrankungen einschließlich Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS)-Erkrankungen, deren Zustand eine qualifizierte medizinische Versorgung erfordert, die im Kosovo derzeit nicht oder nicht in ausreichendem Maße gewährleistet werden kann...“.

Weitere Informationen:
UNHCR -Büro Nürnberg, Tel.: 0911-44 21 00)

Kontakt: Erwin Bartsch, Zirndorf,
Tel. 0163/ 60 93 36 0

Sabine Böhlau, Stephan Dünnwald,
BFR, 089 / 76 22 34
www.bayerischer-fluechtlingsrat.de

stätigen konnten, dass es diese humanitären Lösungen in Einzelfällen immer mal wieder gegeben hat, war die Frage zum Thema geworden, wie man wenigstens diese Form der Hilfe aus ihrer Zufälligkeit und Abhängigkeit von bestimmten Personen befreien und institutionalisieren könnte. Das Stichwort „Kölner Härtefallkommission“ tauchte auf und Isabel Schayani konnte allen Politikerinnen und Politikern auf dem Podium eine Zustimmung zur Einrichtung einer solchen Kommission entlocken.

Gewonnen wäre damit zweierlei: die Zahl der über diese Schiene möglichen Aufenthaltsverfestigungen könnte gesteigert werden und die Kölner Ratsfrauen und -herren könnten sich durch die Vielzahl der Fälle, mit denen sie dann konfrontiert werden, noch mal neu überlegen, ob es nicht doch richtig ist, auf strukturelle humanitäre Bleiberechtsregelungen zu setzen. Dass diese für die Stadt auch noch billiger sind, wurde betont.

Bilanz: dass so engagiert miteinander diskutiert werden konnte und ein Schritt in Richtung auf eine gemeinsam getragene Lösung für sog. „Härtefälle“ getan wurde, ist ein Erfolg.

Kritisch bleibt allerdings anzumerken, wie leichtfertig und populistisch auch von Unterstützern der Flüchtlinge mit dem Phänomen Kriminalität umgegangen wird. Pfarrer Decker hatte sich beispielsweise über die Kriminalität der Schleuser erregt. Tatsache ist, dass diese Menschen vor dem Fall der Mauer Fluchthelfer hießen, hochangesehen waren und sogar polizeiliche und geheimdienstliche Unterstützung erhielten. Ohne die immer perfekter werdende Abschottung Europas wäre dieser „Berufsstand“ längst ausgestorben. Er ist zwar nicht vom Staat gewollt, aber zweifellos von ihm produziert.

Das zweite wichtige Thema, für das sicher mindestens ein weiterer eigener Diskussionsabend notwendig ist, sind die Roma. Wenn Köln die hier lebenden Roma – und ich spreche auch von denen, deren Kinder eine Klau-Karriere eingeschlagen haben, nachdem ihnen die Schulkarriere jahrlang verschlossen war – abgeschoben werden sollten, wo sollen sie denn hin? Leider ist diese Frage vom Podium nicht beantwortet worden.

Eine von der VW-Stiftung in Auftrag gegebene wissenschaftliche Studie hat jedenfalls ganz eindeutig festgestellt: die armen südosteuropäischen Länder sind nicht in der Lage, die über Jahrhunderte andauernde Diskriminierung und Verfolgung der Roma allein aus eigenen Kräften zu überwinden. Ohne direkte Hilfe und auch direkte Übernahme von Verantwortung der westeuropäischen Städte und Gemeinden ist das nicht zu machen.

Klaus Jümschke, Köln, den 22.6.05

Zwangsumzüge von 4.000 Haushalten?

MÜNCHEN. Der Stadtrat überlässt es weiterhin dem Sozialreferat, die von der Stadt akzeptierten Mietobergrenzen festzusetzen. Es handelt sich um die gleichen Miethöhen, die bisher schon für die Sozialhilfe galten. Immerhin wurde durch den Dringlichkeitsantrag der offenen Liste PDS erreicht, dass sich der Sozialausschuss im Juni ausführlich mit der Thematik befasste. Dabei musste der Sozialreferent Graffe die Zahl der Betroffenen bereits erhöhen: Zwischen 5 und 10 Prozent der mittlerweile 40.000 ALG II-Haushalte, also bis zu 4.000 Haushalte, haben bisher die Aufforderung der „Arbeitsgemeinschaft für Beschäftigung“ erhalten, ihre Mietkosten zu reduzieren. Genauer könne er es nicht sagen, weil die ALG II-Software eine entsprechende Auswertung nicht her gibt. Und der Sozialausschuss wollte ihn nicht zu einem entsprechenden „Aktensturz“ beauftragen. Immerhin sagte Herr Graffe im Ausschuss zu, dass alle Fälle, in denen es tatsächlich zu einer Minderung der Mietleistung kommen soll, in die „Zentrale“ gezogen würden. Dies bedeutet, dass nicht die ARGE über die tatsächliche Kürzung entscheidet, sondern das Sozialreferat. Damit verbindet sich die Hoffnung, dass das Sozialreferat alle sozialen und finanziellen Folgekosten von erzwungenen Umzügen berücksichtigt – und damit wesentlich vorsichtiger umgehen wird. Der Referent geht davon aus, dass es nur in einigen wenigen Fällen tatsächlich zu Kürzungen kommen wird. Ob diese Auskunft die Betroffenen beruhigen kann? In der Diskussion stellte sich zudem heraus, dass niemand der Anwesenden – kein Stadtrat, kein Mitarbeiter des Referenten, auch der Sozialreferent selbst nicht – genau darlegen konnte, wie die momentan geltenden Mietobergrenzen festgelegt wurden, und ob es sich dabei um Warm- oder Kaltmieten handelt. Zu diesem Thema kündigte Herr Graffe deshalb eine weitere Bekanntgabe im Sozialausschuss an. wob

Verbraucher auf dem Land von Nahversorgung abgekoppelt.

BERLIN. Immer mehr Verbraucher in ländlichen Gebieten sind von der Nahversorgung abgekoppelt. Selbst in größeren Gemeinden ist die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Alltagsprodukten vielfach nicht mehr existent – bis zum nächsten Geschäft müssen die Verbraucher immer weitere Wege zurücklegen. Von der Unterversorgung sind bundesweit bis zu acht Millionen Verbraucher in ländlichen Regionen betroffen, so das Ergebnis einer vom Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) veröffentlichten Studie des Instituts für ökologische Wirtschaftsfor-

schung. Eine der dort entwickelten Forderungen lautet: „Ausrichtung der Raumplanung an der Nahversorgung: Bisher fehlen wirksame Instrumente der Raumplanung, die die Nahversorgung sicherstellen.“ Überkommene kooperative Planungsansätze müssen an die Stelle der bisherigen Standortkonkurrenz und des „Bürgermeisterwettbewerbs“ um Neuansiedlungen auf der grünen Wiese treten. * Die Genehmigung von Neuansiedlungen im Einzelhandel darf sich nicht nach rein formalen Kriterien wie der Quadratmetergröße richten, sondern muss sich an den Folgen für die Nahversorgung orientieren.“ Text der Studie unter: www.vzbv.de/go/presse/567/index.htm

Städte verstehen sich als „key player“.

LEIPZIG. Städte sollen und müssen eine größere eigenständige Rolle in der Informationsgesellschaft spielen, tragen eine höhere Verantwortung für den Online-Kontakt zwischen staatlicher Verwaltung und Bürger und benötigen daher auch mehr Ressourcen für die Umsetzung von lokalen und regionalen eGovernment-Strategien. Dies ist das Fazit der europäischen Vorbereitungskonferenz für den „Weltgipfel der Städte in der Informationsgesellschaft“. Der Städteweltgipfel selbst findet vom 9. bis 11. November 2005 im spanischen Bilbao statt, eine Woche vor dem zweiten UN-Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS II). Der Genfer Oberbürgermeister Christian Ferrazino, der auch Präsident des „Digitalen Solidaritätsfonds“ ist (Bezahl doch Euer Internet alleine!), rief die europäischen Städte auf, nicht nur eigene lokale Projekte zur Bewältigung der Herausforderungen des Informationszeitalters zu entwickeln, sondern dies in enger Kooperation mit anderen Städten, insbesondere auch in der Dritten Welt, zu leisten. www.heise.de

Städtetag zur Bundestagswahl.

BERLIN. Der Deutsche Städtetag hat zehn Forderungen der Städte an die Parteien vorgelegt. Darin verlangt der kommunale Spitzenverband unter anderem, die Gewerbesteuer zu erhalten, die Kommunen bei den Sozialausgaben zu entlasten und sie qualifiziert an der Gesetzgebung des Bundes zu beteiligen. Im Grundgesetz soll garantiert werden, dass der Bund den Kommunen nur dann neue Aufgaben übertragen kann, wenn er sie auch finanziert. Gleichzeitig erklären die Städte ihre Bereitschaft, bei der Umsetzung von Hartz IV noch stärker als bisher ihre Erfahrungen in die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit einzubringen.

www.kommunalweb.de
Zusammenstellung: baf

Europäische Kommission und Europäisches Parlament wollen Schutzstandards aufweichen

Europaweit trommeln die Unternehmerverbände für eine Verlängerung und weitere Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Sie finden willige Helfer in den meisten Regierungen der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament. Zum ersten Mal in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft sollen nun bestehende soziale Mindestvorschriften der EU ausgehöhlt werden: Es geht um die Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie. Deren bisheriges „Mindestniveau“ könnte nun noch weiter abgesenkt werden, wenn sich nicht eine breite kritische Öffentlichkeit des Themas annimmt und die von Kommission bzw. Parlament geplanten Veränderungen der Richtlinie – ähnlich wie im Falle „Bolkestein“ – aufs Korn nimmt. Klaus Dräger berichtet über den Stand der Revisions-Verhandlungen und die geplanten Veränderungen.

Von Klaus Dräger*

Das Europäische Parlament hat am 11. Mai 2005 mit einer Mehrheit von 355 zu 272 Stimmen und 31 Enthaltungen Änderungsanträge zum Vorschlag der Kommission zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie beschlossen. Berichterstatter für das Europäische Parlament war der spanische Sozialdemokrat Alejandro Cercas. Für den sog. „Cercas“-Bericht mit seinen Änderungsvorschlägen stimmte eine Große Koalition von Sozialdemokraten (PSE), Grünen (V-ALE) sowie Teilen der Konservativen (PPE-DE) und Liberalen (ALDE). Vertritt die Mehrheit der Europaparlamentarier nun einen „ausgewogenen Kompromiss“, oder unterstützt sie Kommission und Rat beim Schleifen sozialer Schutzstandards? Noch ist die Richtlinie nicht verabschiedet, und um diese Frage beurteilen zu können, ist ein Blick auf die jeweiligen Positionen der beteiligten Akteure und Institutionen notwendig.

Streitpunkt „Opt-out“

Die Europäische Kommission will, ginge es nach ihrem eigenen Revisionsvorschlag, das individuelle „Opt-out“ (d.h. die Überschreitung der maximalen wöchentlichen Durchschnittshöchstarbeitszeit von 48 Stunden per individueller Vereinbarung weiter erhalten. In Betrieben ohne bestehende Kollektivvereinbarung oder ohne anerkannte Arbeitnehmervertretung soll das indivi-

duelle „Opt-out“ (auf deutsch übersetzt bedeutet „opt-out“ so viel wie „Option für den Ausstieg“, rül) mit bestimmten Einschränkungen weiterhin gelten. Für viele Kleinunternehmen und „gewerkschaftsfreie“ Betriebe würden unhaltbare Zustände wie in Großbritannien also weiter gehen.

Darüber hinaus will die Kommission erreichen, dass das „Opt-out“ auch durch Kollektivverträge genutzt werden kann, um Wochenarbeitszeiten von mehr als 48 Stunden zu vereinbaren. Genau dies sieht bereits das seit dem 1. Januar 2004 geltende neue deutsche Arbeitszeitgesetz für das Gesundheitswesen und die Pflegedienste vor. Bis zum 31. Dezember 2005 sollen Gewerkschaften (ver.di) und Arbeitgeber Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen über längere Arbeitszeiten (einschließlich Bereitschaftszeiten) auf Basis des „Opt-outs“ abschließen können. Mit einem allgemeinen „Opt-out“ per Tarifvertrag kämen die Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen noch zusätzlich unter Druck. Entweder sie unterzeichnen „Opt-out“-Vereinbarungen, oder sie werden von den Unternehmerverbänden nicht mehr als Vertragspartner anerkannt. Die Kommission liefert den Arbeitgebern damit einen kräftigen Knüppel, um Arbeitszeitverlängerung durchzuprügeln.

Das Europäische Parlament fordert dagegen, das „Opt-out“ 36 Monate nach Inkrafttreten der geänderten Arbeitszeitrichtlinie gänzlich abzuschaffen. Auf Basis des „Opt-outs“ geschlossene Arbeitsverträge sollen danach noch maximal ein Jahr gelten dürfen – insgesamt also eine Übergangsfrist von vier Jahren bis zur endgültigen Abschaffung dieser Ausnahmeregelung. Die Linksfraktion im Europäischen Parlament wiederum forderte eine schnellere Abschaffung des „Opt-outs“ (bis 2008), unterstützt aber die Position des Parlaments zur Abschaffung des „Opt-outs“ mit aller Kraft.

Angriff Nr. 1: Flexibilisierte Jahresarbeitszeit

Die Europäische Kommission will den Mitgliedstaaten ermöglichen, per Gesetz oder Verordnung den Bezugszeitraum für die Messung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit generell auf zwölf Monate auszuweiten. Nach der geltenden EU-Ar-

beitszeitrichtlinie ist dies nur auf Basis von Kollektivvereinbarungen möglich. Regierungen könnten so an den Gewerkschaften vorbei erheblich größere Spielräume zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten im Unternehmerinteresse schaffen.

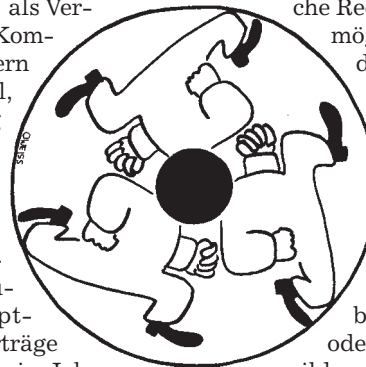
Das Europäische Parlament will zwar die bisherige Regelung zu Kollektivvereinbarungen beibehalten. Aber seine Mehrheit will den Mitgliedstaaten die Möglichkeit einräumen, durch Gesetze und Verordnungen den Bezugszeitraum auf zwölf Monate für jene Bereiche auszuweiten, deren Beschäftigte keiner tarifvertraglichen Regelung oder Betriebsvereinbarung unterliegen.

Dafür stellt es zwei Bedingungen: Erstens müssen die Beschäftigten vor der Einführung oder Änderung entsprechender Arbeitszeitregelungen informiert und angehört werden – mitbestimmen können sie also nicht. Zweitens soll der Arbeitgeber Maßnahmen ergreifen, um mögliche Risiken der Arbeitszeitorganisation für die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer zu vermeiden. Wenn diese aus Sicht der Belegschaften unzureichend sind – welche Rechte und Einflussmöglichkeiten haben diese dann?

Diese schwachen Bedingungen errichten keine ernsthaften Hindernisse für die Unternehmensleitungen, ihren Willen bei der Einführung oder Veränderung flexibler Arbeitszeitorganisation voll durchzusetzen. Die Unternehmerverbände könnten bestehende Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge zu Jahresarbeitszeitkonten kündigen und dann die (wahrscheinlich schlechteren) Bedingungen nutzen, die neue Gesetze und Verordnungen als Mindeststandards verankern.

Angriff Nr. 2: Bereitschaftszeiten

Der Europäische Gerichtshof hat in bislang drei Urteilen (SIMAP 2000, Jäger 2003, Pfeiffer 2004) verfügt, dass am Arbeitsplatz verbrachte Bereitschaftszeiten voll als Arbeitszeit bewertet werden müssen. Ferner müssen Ausgleichsruhezzeiten unmittelbar im Anschluss an eine Arbeitsperiode mit Bereitschaftszeiten gewährt werden. Der Gerichtshof hat dabei die bestehenden Bestimmungen



der EU-Arbeitszeitrichtlinie dahingehend ausgelegt, was unter den Begriff der Arbeitszeit fällt und was nicht. Die Urteile stärkten die Position der Beschäftigten im Gesundheitswesen und Rettungsdiensten.

Die Europäische Kommission schlägt vor, bei Bereitschaftszeiten zwischen einem aktiven und einem inaktiven Teil zu unterscheiden. Als aktiver Teil gilt, wenn auf ausdrückliche Aufforderung durch den Arbeitgeber Arbeitstätigkeit verrichtet wird. Der „inaktive“ Teil soll nicht als Arbeitszeit gewertet werden. Die Gewährung von Ausgleichsruhezeit soll bis zu 72 Stunden (d.h. sieben Arbeitstage) aufgeschoben werden können.

Damit werden nicht nur die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auf den Kopf gestellt. Die Neudefinition der Bereitschaftszeit widerspricht auch z.B. der geltenden EU-Richtlinie (2002/15/EG) über die Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben. Dort wird Bereitschaftszeit definiert als Zeitraum, in dem der Arbeiter nicht frei über seine Zeit verfügen kann und sich am Arbeitsplatz bereithalten muss, um normale Arbeitstätigkeit aufzunehmen. Diese Bereitschaftszeit wird nach dieser Richtlinie vollständig als Arbeitszeit gewertet.

Auch das Europäische Parlament übernimmt die Unterscheidung der Kommission zwischen einem aktiven und einem „inaktiven“ Teil der Bereitschaftszeit. Zwar soll auch der inaktive Teil als Arbeitszeit gelten. Durch Kollektivverträge oder Gesetze und Verordnungen der Mitgliedstaaten soll dieser „inaktive Teil“ aber „besonders gewichtet“ werden können. Dies könnte zum Beispiel heißen, dass acht Stunden „inaktiver“ Bereitschaftszeit nur als zehn Minuten, als eine Stunde oder voll als Arbeitszeit gewertet werden. Die Ausgleichsruhezeit soll „nach“ (following) einer Arbeitsperiode mit Bereitschaftsdienst gewährt werden, in Übereinstimmung mit den entsprechenden gesetzlichen oder kollektivvertraglichen Bestimmungen. „Nach“ ist eine sehr unbestimmte Zeitspanne – sind das zehn Minuten, eine Stunde, zwei Wochen? Die inakzeptablen 72 Stunden des Kommissionsvorschlags erscheinen hiergegen noch als konkret.

Geht es nach dem Europäischen Parlament, dann erhält auch die Bundesregierung ein Instrument an die Hand, die mühsam erstrittene Neuregelung des deutschen Arbeitszeitgesetzes wieder zu kippen oder auf dem Verordnungsweg für eine andere Interpretation (Anrechnungsmodus) zu sorgen. Das Bundesarbeitsgericht in Deutschland hatte in seiner Entscheidung vom 18. Februar 2003 bekanntlich den Standpunkt des Europäischen Gerichtshofs zur Bewertung von Bereitschaftszeiten

Zusatzinfos

Die EU-Arbeitszeitrichtlinie: viele Ausnahmen, schwache Regeln

Die geltende EU-Arbeitszeitrichtlinie hat das erklärte Ziel, den „Schutz der Arbeitnehmer vor den nachteiligen Auswirkungen einer übermäßigen Arbeitsdauer, unzureichender Ruhezeiten oder einer unregelmäßigen Arbeitsorganisation auf ihre Gesundheit und Sicherheit zu gewährleisten.“ Sie wurde 1993 verabschiedet und enthält folgende EU-weit geltende Mindestvorschriften:

- eine Mindestruhezeit von elf zusammenhängenden Stunden pro 24-Stunden-Zeitraum;
- eine Ruhepause bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden;
- eine Mindestruhezeit von 24 Stunden pro Woche;
- eine durchschnittliche maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden einschließlich der Überstunden;
- einen bezahlten Jahresurlaub von vier Wochen;
- eine durchschnittliche maximale Nachtarbeitszeit von 8 Stunden pro Tag.

Dokumente

EU-Arbeitszeitrichtlinie (2003/88/EG): http://europa.eu.int/comm/employment_social/labour_lab/directives_de.htm#7.%20%20Arbeitszeit

Änderungsvorschlag der Kommission KOM 2004-607 endg.: http://europa.eu.int/comm/employment_social/labour_lab/index_de.htm

Bericht des Europäischen Parlaments A6-0105-2005: http://www2.europarl.eu.int/omk/sipa-de2?PROG=REPORT&SORT_ORDER=D&S_REF_A=%25&LEG_ID=6&COM_ID=814&NAV=X&L=DE&LEVEL=0&SAME_LEVEL=1

Was besagt das „Opt-out“?

Arbeitnehmer können durch eine „freiwillige“ schriftliche Versicherung erklären, dass sie auf den Mindestschutz durch die Richtlinie bezüglich der Begrenzung der maximalen Wochenarbeitszeit auf 48 Stunden verzichten. Artikel 22 der Arbeitszeitrichtlinie ermöglicht so ein individuelles „Opt-out“, ein generelles Ausseren aus der Norm.

Die Opt-out Regelung wird vor allem von Großbritannien flächendeckend genutzt. Vier Millionen Erwerbstätige arbeiten dort im Durchschnitt länger als 48 Stunden pro Woche. Dies sind 700 000 mehr als im Jahr 1992, bevor die EG-Richtlinie verabschiedet wurde. Rund 1 Million arbeiten wöchentlich sogar länger als 60 Stunden. Hin-

Ferner legt die Richtlinie fest, dass die Wochenarbeitszeit über einen Bezugszeitraum von 4 Monaten gemessen wird. Im Durchschnitt dieser 4 Monate darf die Wochenarbeitszeit demnach 48 Stunden nicht überschreiten. In einer einzelnen Woche kann die wöchentliche Arbeitszeit aber bis auf 78 oder sogar 89 Stunden ausgedehnt werden! Abweichend davon kann der Bezugszeitraum auf 6 oder 12 Monate erweitert werden, sofern dies durch Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen geregelt wird. Damit hat die bestehende Richtlinie das Tor für Arbeitszeitflexibilisierung im Interesse der Unternehmer weit geöffnet. Es kann wochen- oder monatsweise erheblich länger als 48 Stunden gearbeitet werden, wenn später Phasen mit kürzerer Wochenarbeitszeit eingeschoben werden. Die 48 Stunden-Woche und der 8-Stundentag als Norm wurden bereits durch die ILO-Konvention C1 von 1919 eingeführt – also vor 86 Jahren!

zu kommt ein weit verbreiteter Missbrauch des „Opt-outs“. Ein Drittel aller Erwerbstätigen, die eine entsprechende Erklärung unterschrieben hatten, bestreiten, dass dies freiwillig geschah. Und zwei Drittel aller Beschäftigten, welche im Durchschnitt länger als 48 Wochenstunden arbeiten, behaupten, ihnen sei von ihrem Arbeitgeber erst gar keine entsprechende Erklärung zur Unterschrift vorgelegt worden. – Außer Großbritannien nutzen Malta und Zypern das „Opt-out“ branchenübergreifend. Luxemburg ermöglicht das „Opt-out“ branchenbezogen für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Für die Gesundheitsberufe tun dies Spanien, Frankreich und Deutschland.

Zum Weiterlesen:

Frank Lorenz/Günter Schneider (Hg.): **Vertrauensarbeitszeit, Arbeitszeitkonten, Flexi-Modelle. Konzepte und betriebliche Praxis**; VSA-Verlag, Hamburg 2005
Klaus Pickshaus, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban (Hg.): **Arbeiten ohne Ende. Neue Arbeitsverhältnisse und gewerkschaftliche Arbeitspolitik**; VSA-Verlag, Hamburg 2001 (mit CD-ROM)

Matthias Eberling, Volker Hielscher, Eckart Hildebrand, Kerstin Jürgens: **Prekäre Balancen. Flexible Arbeitszeiten zwischen betrieblicher Regulierung und individuellen Ansprüchen**, edition sigma, Berlin 2004



→ übernommen. Als Reaktion auf diese Urteile ist in Deutschland zum 1. Januar 2004 ein neues Arbeitszeitgesetz in Kraft getreten. Es bestimmt wenigstens im Grundsatz, dass Bereitschaftszeiten bei der wöchentlichen (48 Stunden) und täglichen (acht bzw. zehn Stunden) Höchstarbeitszeit anzurechnen sind.

Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder mahnt bereits, dass im Bereitschaftsdienst in Krankenhäusern allgemeine Visiten oder das Schreiben von Berichten als „inaktive“ Bereitschaftszeit gelten müssen – und damit nicht als Arbeitszeit! Auch außerhalb des Gesundheitswesens könnte normale Arbeitszeit als „inaktive“ Bereitschaftszeit umgedeutet werden – z. B. Wartezeiten von Kellnerinnen, Servicekräften usw.

Sozialpolitische „Rolle Rückwärts“?

Sozialpolitische Mindestvorschriften der EU spiegeln bisher zwar meist nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen Mitgliedstaaten mit hohem und solchen mit niedrigem Sozial-

schutzniveau wider. Doch es bestand stets ein partei- und länderübergreifender Konsens, dass das europäische Mindestschutzniveau im Geiste des sozialen Fortschritts anzuheben sei, wenngleich dies meist nur langsam und in kleinsten Schritten geschah. Damit ist es nun vorbei. Die EU-Institutionen wollen den Rückwärtsgang einlegen. Das ist eine historische Wende in der EU-Politik.

Die Europäische Kommission ist fest entschlossen, die ohnehin schwachen Mindeststandards der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu schleifen. Das Europäische Parlament schlägt einen Tauschhandel vor: Abschaffung des „Opt-outs“ gegen Zugeständnisse zur weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Aushebelung der EuGH-Urteile. Insofern kommt es der Kommission in entscheidenden Punkten bereits weit entgegen.

Sowohl die Europäische Kommission als auch eine starke Blockademinderung um Großbritannien im Europäischen Rat sind gegen die Abschaffung des „Opt-outs“. 10 Mitgliedstaaten – Österreich, Großbritannien, Deutsch-

land, Italien, Litauen, Polen, Malta, Slowenien und die Slowakei – wollen das „Opt-out“ uneingeschränkt erhalten. Nur Frankreich, Griechenland und Belgien wollen es abschaffen.

Unter der ausstehenden luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft kam es im Juni 2005 zu keiner Einigung im Rat der Arbeits-, Sozial- und Gesundheitsminister über die angestrebte Revision der Arbeitszeitrichtlinie. Im Sommer übernimmt Großbritannien den Ratsvorsitz und wird erst recht jede Abschaffung des „Opt-outs“ torpedieren.

Europaabgeordnete von New Labour, welche mit der Mehrheit des Parlaments für die Abschaffung des „Opt-outs“ gestimmt hatten, haben bereits erklärt, dass sie dies nur aus taktischen Gründen taten. Für sie kam es darauf an, dass vor allem die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und die Aushebelung der EuGH-Urteile vom Parlament mitgetragen werden. In den nächsten Verhandlungsrunden zwischen Parlament, Rat und Kommission bis zur Zweiten Lesung der Veränderung der Arbeits-

Es geht auch anders: Ein neuer EU-Arbeitszeitstandard

Arbeitszeitverlängerung bei gleichem Monatsgehalt ist schlicht Lohnsenkung. Durch längere Arbeitszeiten produzieren die Unternehmen mehr Güter und Dienstleistungen, die sie wegen der schlechten Lohnentwicklung und schwachen Binnennachfrage aber nicht absetzen können. Längere Arbeitszeiten führen so über kurz oder lang zu höherer Arbeitslosigkeit.

Allseits wird auf demografische Entwicklung verwiesen: die EU-Bevölkerung wird bis 2050 älter und schrumpft zugleich. Dies erfordert aber, dass junge wie ältere Menschen gesund und fit bis zur Rente im Erwerbsleben bleiben können. Mehr Stress („Flexibilität“) und wirtschaftliche Unsicherheit verschärfen eher die Probleme des demografischen Wandels.

Die EU muss die Qualität der Arbeit fördern und ihr wieder ein menschliches Maß geben. Dies beinhaltet umfassenden Schutz vor physischer und psychischer Überlastung, ergonomische Mindeststandards und persönlichkeitsfördernde Arbeitsinhalte, die Stärkung kollektiver Mitbestimmungsrechte und von Teiligungsrechten der einzelnen Beschäftigten über Lage und Verteilung der Arbeitszeit. (...)

Die Mehrheit der Bevölkerung in den 15 „alten“ EU-Mitgliedstaaten wünscht kürzere Wochenarbeitszeiten – im Durchschnitt 34,5 Stunden. Nach Angaben des Statistischen Amtes der EU betrug im Durchschnitt der EU-25 die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit (einschließlich Überstunden) der

Vollzeitbeschäftigten 40,2 Stunden. Selbst das ist deutlich weniger als die in der geltenden EU-Arbeitszeitrichtlinie vorgesehene maximale Wochenarbeitszeit von 48 Stunden.

Die maximale Wochenarbeitszeit muss deshalb in Richtung der tatsächlichen Arbeitszeiten abgesenkt werden. Für die „Wirtschaft“ ist dies keine zusätzliche Belastung – die Menschen arbeiten ja schon weniger Wochenstunden. Bei kürzeren und lebensgerechteren Arbeitszeiten arbeiten sie auch effektiver und produktiver.

Die Änderung der Arbeitszeitrichtlinie muss einen neuen EU-Arbeitszeitstandard schaffen:

Die maximale Wochenarbeitszeit ist in einem ersten Schritt nach oben drastisch zu begrenzen werden (z.B. auf 42 Wochenstunden);

Alle „Anreize“ (bei Steuern, Lohnnebenkosten usw.) für prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen abgeschafft werden;

Teilzeit muss als substanzielle, geschützte Teilzeitarbeit (15–25 Wochenstunden) gestaltet werden – für alle, die Teilzeit wollen;

Voll- und Teilzeitarbeit müssen im Hinblick auf Karrierechancen, Stundenentgelte, Sozialleistungen, Weiterbildung usw. gleichgestellt werden.

(...) Die EU muss Kurs nehmen auf kürzere Arbeitszeiten und bessere Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben. Kurzfristig geht es darum, das Opt-out abzuschaffen, die Urteile des Europäischen Gerichtshofs zu Bereitschaftszeiten konsequent umzusetzen und jede Abschwächung der Schutz-

standards der Arbeitszeitrichtlinie zu verhindern!

Zum Weiterlesen

Jürgen Peters/Horst Schmitthenner (Hg.): **Gute Arbeit. Menschengerechte Arbeitsgestaltung als gewerkschaftliche Zukunftsaufgabe**, VSA-Verlag, Hamburg 2003

Steffen Lehnndorff: **Weniger ist mehr. Arbeitszeitverkürzung als Gesellschaftspolitik**, VSA-Verlag, Hamburg 2001

Joachim Beerhorst/Hans-Jürgen Urban: **Handlungsfeld europäische Integration. Gewerkschaftspolitik in und für Europa**, VSA-Verlag, Hamburg 2005

Frank Bsirske u.a. (Hg.): **Es ist Zeit**. Logbuch für die ver.di Arbeitszeitinitiative, VSA-Verlag, Hamburg, 2004

Frank Bsirske u.a. (Hg.): **Perspektive neue Zeitverteilung**. Logbuch 2 der ver.di Arbeitszeitinitiative, VSA-Verlag Hamburg, 2005

André Brie MdEP: **Eine alternative Agenda für Vollbeschäftigung**, Brüssel 2002; <http://www.pds-europa.de/dokumente/studien/index.htm?&bs=13>

Material der PDS-Delegation in der konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) **zur Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie**.

Flyer: **Arbeiten bis zum Umfallen? Der Angriff auf die EU-Arbeitszeitrichtlinie**, 8 Seiten, im Internet: www.pds-europa.de oder gedruckt bestellen bei der Bundesgeschäftsstelle der PDS.

zeitrichtlinie wird also Druck auf das Parlament aufgebaut, in punkto „Opt-out“ nachzugeben. Ob der vom Parlament geforderte Tauschhandel demnach überhaupt eine Chance hätte, ist sehr fraglich. Und selbst wenn er erfolgreich wäre, käme immer noch eine deutliche Schwächung der bestehenden Richtlinie dabei heraus.

Wenn die Vorschläge zur Verlängerung des Bezugszeitraums auf zwölf Monate in der einen oder anderen Form durchkommen, dann sind ohnehin sehr viel längere Wochenarbeitszeiten als 48 Stunden möglich. Schon jetzt kann auf Basis des Standard-Bezugszeitraums von vier Monaten die Arbeitszeit in einer einzigen Woche auf bis zu 78, und unter bestimmten Bedingungen sogar auf 89 Stunden ausgeweitet werden. Das Hauptinteresse der Unternehmerverbände liegt in der Durchsetzung des „atmenden Unternehmens“: Arbeitszeiten nach Auftragslage. Eine allgemeine 60-Stunden-Woche will kaum ein Unternehmen bezahlen – aber eben die Möglichkeit haben, bei geringeren Kosten die Belegschaften mal 65 Stunden oder mal 35 Stunden pro Woche arbeiten zu lassen. Mit allgemeinen Jahresarbeitszeitkonten sind überlange Arbeitszeiten auch ohne das „Opt-out“ bequem zu erreichen.

So leistet die europäische Ebene im Wesentlichen Schützenhilfe für die Kampagne von Unternehmern und Regierungen, längere und flexiblere Arbeitszeiten in den Mitgliedstaaten durchzudrücken. In Frankreich attackiert die bürgerliche Regierung die 35-Stunden-Woche. In der Bundesrepublik sind Arbeitszeitverlängerungen nicht nur bei Beamten und Lehrern im öffentlichen Dienst an der Tagesordnung. Die noch amtierende rot-grüne Bundesregierung will die Arbeitszeiten noch flexibler machen. Die Opposition von CDU/CSU und FDP fordert generell längere Arbeitszeiten.

Im Sommer 2004 setzte Siemens die 40-Stunden-Woche in zwei Betrieben durch und meldete im November 2004 einen Rekordgewinn in Milliardenhöhe. Dieses Beispiel hat inzwischen Schule gemacht – nicht nur bei Großkonzernen wie Daimler Chrysler, General Motors, Karstadt usw., sondern auch in vielen mittelständischen Unternehmen in Deutschland. In vielen EU-Staaten gibt es vergleichbare betriebliche „Pakte zur Standortsicherung“, welche die Belegschaften zu längeren und flexibleren Arbeitszeiten, zu Abstrichen bei Entgelten und sonstigen Leistungen gezwungen haben (concession bargaining). Nahezu alles, was die europäische Arbeiterbewegung seit 1919 in punkto Begrenzung der Arbeitszeiten erreicht hat, ist zur Disposition gestellt und bereits ein gehöriges Stück zurück gedrängt worden.

Hinzu kommt: Arbeitszeitverlänge-

runge bei gleichem Monatsgehalt ist schlicht Lohnsenkung. Dieser soziale Rückschritt wird von den EU-Institutionen mit der einflussreichen Formel von der „neuen Balance zwischen Flexibilität und sozialer Sicherheit“ schönfärbisch verbrämt. (...)

In Deutschland wäre schon mal ein Anfang gemacht, wenn die „üblichen Verdächtigen“ ihre Antennen auf „Empfang“ ausrichteten. Konkret zur Arbeitszeitrichtlinie könnte das bedeuten:

Über die Vorschläge von Kommission, Rat und Europäischem Parlament breit informieren und aufklären – in der Gewerkschaftslinken, Sozialverbänden und -initiativen, Erwerbslosenbewegung und globalisierungskritischer Bewegung wie auch in den Gewerkschaften selbst. Geeignete Foren gibt es genug: z.B. das Erfurter Sozialforum vom 21.-24. Juli 2005, Tagungen der Gewerkschaftslinken, der gewerkschaftspolitische Kongress der PDS im Oktober usw.

Die offenkundigen Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen den Attacken auf europäischer Ebene (Absenkung des EU-Mindestschutzniveaus) und den Auseinandersetzungen auf nationaler, regionaler und betrieblicher Ebene herstellen (z.B. deutsche Debatte zur Arbeitszeitverlängerung, betriebliche „Standortpakte“, Öffnungsklauseln in Tarifverträgen in Metall- und Elektroindustrie und anderen Sektoren, Tarifvertrag im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen, Tarifaufeinandersetzung mit den Ländern, Situation im Gesundheitswesen, Sonder-Tarifvertrag Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen usw.).

Die bestehenden Kontakte zu kritischen Gewerkschaften, Gewerkschaftslinken und sozialen Bewegungen nutzen, um zu gemeinsamen Positionen und Verabredungen zur EU-Arbeitszeitrichtlinie zu gelangen. Bezüglich der Dienstleistungsrichtlinie wurde mit dem ESF in London und Demonstration am 19. März in Brüssel bereits erfolgreich ein Anfang gemacht. Jetzt könnte man sich vornehmen, sowohl im ESF als auch im EGB (über die nationalen Gewerkschaftsverbände und Gewerkschaftslinken usw.) die Arbeitszeitrichtlinie als zweites Widerstandsthema ebenbürtig hochzuziehen.

Mit einer schnellen Verabschiedung der veränderten Richtlinie ist aufgrund der Blockade im Rat und der europäischen Großwetterlage nach dem französischen „Nein“ nicht zu rechnen. Das gibt uns Zeit, auf eine Veränderung der Kräfteverhältnisse hinzuwirken.

* Klaus Dräger ist Mitarbeiter der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament und im Beirat der EU-AG von Attac Deutschland

BDI-Präsident verteidigt Flächentarifvertrag. FR, Sa., 2.7.

BDI-Präsident J. Thumann stellt sich hinter Flächentarifvertrag, Tarifautonomie und Betriebsverfassungsgesetz. „Da haben wir doch große Erfolge mit erzielt, das hat zur Stabilität beigetragen.“ Vorgänger M. Rogowski hatte vor zwei Jahren erklärt, man müsse Flächentarifverträge verbrennen und das Betriebsverfassungsgesetz dazu. Der Vizepräsident des Maschinenbau-Verbandes, D. Klingelberg, kritisiert Thumann: „Wenn Arbeitsplätze erhalten werden können, muss es möglich sein, vom Flächentarifvertrag abzuweichen.“ Auch Thumann hob hervor, der Flächentarifvertrag müsse weiter ausgebaut werden. Aber „bitte innerhalb des Flächentarifvertrages.“ Auch zweistufigen Tarifverträgen, bei denen ein Basislohn zwischen den Tarifkontrahenten und Zuschlägen auf Betriebsebene verhandelt werden, erteilte der BDI-Chef eine klare Absage. Er deutete an, dass er bei seinen Kollegen D. Hundt (BDA) und M. Kannegiesser (Gesamtmetall) anecken könne.

„Russland hat all das, was wir nicht haben (Energie) und braucht all das, was wir haben (Ausrüstungen).“ HB, Fr./Sa., 24./25.6. Der Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft warnte im Falle eines Regierungswechsels vor einer Abkühlung der deutsch-russischen Beziehungen. „Ich sehe derzeit eine Umgewichtung von Prioritäten“, sagte Vorsitzender K. Mangold mit Blick auf eine mögliche CDU-Regierung. Außenpolitiker der Union hatten erklärt, bei Regierungsübernahme ein kritischeres Verhältnis zu Moskau anzustreben. T. von Heydebreck, Vorstand im Ost-Ausschuss und Vorstandsmitglied der Deutschen Bank sagte, es sei keine Selbstverständlichkeit, dass man in Russland eine Präferenz für Deutschland habe. Er bezog sich dabei auf das russische Angebot, deutsche Firmen an der Öl- und Gaserschließung in Russland zu beteiligen. Briten und Franzosen stünden bereit, in die Lücke zu stoßen, die von den Deutschen gelassen werde.

Ostfirmen schlagen Alarm. HB, Mi., 6.7.

Der Verband innovativer Unternehmen (VIU) hat Bundeswirtschaftsminister W. Clement vorgeworfen, durch Kürzungen beim Forschungsprogramm InnoWatt die Zukunft innovativer Unternehmen in Ostdeutschland zu gefährden. Betroffen sind vor allem kleine und mittelgroße Firmen. VIU-Chef H. Fuchs sagte, mindestens tausend hochqualifizierte Fachkräfte und Ingenieure könnten abwandern, wenn die Kürzungen nicht zurückgenommen werden. Nach Angaben des Verbands wurden die Mittel kurzfristig von ursprünglich geplanten 96,5 Mill. Euro auf 85,4 Mill. Euro gekürzt. *Presseauswertung: rst*

Wenden und drei Mal links abbiegen

Oskar Lafontaine trat in Suhl gemeinsam mit PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow auf

Premiere am Wochenende in Thüringen: Beim ersten gemeinsamen Wahlkampfauftritt von PDS und WASG stellten sich Oskar Lafontaine und PDS-Wahlkampfchef Bodo Ramelow potenziellen Wählern in Suhl (...)

Deutschland sei in einer bisher nie da gewesenen Situation, betonte Lafontaine in Suhl. Die großen Parteien hätten keine eigenen Programme mehr, die würden ihnen von den Wirtschaftsverbänden vorgeschrieben und enthielten nur alte Hüte, die er schon aus seiner Jugendzeit kenne. Da sei eine Kraft nötig, die weiteren Sozialabbau verhindere. Das sei die Zeit einer neuen Linken.

Wie wolle die denn „diesen Mist beseitigen“, wollte Elisabeth Pfestorf, Mitglied einer Selbsthilfegruppe von Hartz-IV-Betroffenen, wissen. Die neue Linke, deren Ideen im Volk schon angekommen seien, werde nicht an die Regierung kommen, sondern indirekt und mittelbar wirken, versicherte ihr Lafontaine. Das habe übrigens schon begonnen. »Weil wir da sind, ändern die anderen plötzlich ihre ganzen Programme.« Das sei aber unglaublich, weil SPD und Grüne sieben Jahre lang das Gegenteil getan hätten. Wer die Wähler so verhöhne, der gehöre abgewählt.

Ziehe die Linke mit 40 oder 60 Abgeordneten in den Bundestag ein, trauten sich die anderen viele soziale Gemeinschaften nicht mehr, glaubt Lafontaine.

Freiheit, das heiße auch Freiheit von Hartz IV, weil Menschen in existenziellen Nöten nicht frei seien.

Ramelow rief bei dieser Gelegenheit dazu auf, im Wahlkampf zwischen dem „Superblock der Reichen“ und der Linken gemeinsam eine „rotes Stoppsignal“ zu setzen. Die Konservativen brauchten gegenüber den aktuellen Umfragewerten nur zwei Prozentpunkte zu verlieren dann sei Schwarz-Gelb nicht mehr möglich, rechnete Lafontaine vor. Vergesse nicht, die kleinen Unternehmer mit ins Boot zu nehmen, die mit Knebelverträgen kaputt gemacht werden, forderte ein Zuhörer, der sich als Selbstständiger vorstellte.

Auch in Suhl blieb Lafontaine die Frage nach den „Fremdarbeitern“ nicht erspart. Geduldig erläuterte er erneut die Zusammenhänge und gab zu, einen Fehler gemacht zu haben. Ohne die Adressaten beim Namen zu nennen forderte er aber: „Man darf sich als Linker nicht in die Kampagne der Gegner einspannen lassen.“ Vielmehr gelte es, denjenigen zu schützen, der einmal einen Fehler gemacht hat.

Um gesamtdeutsche Politik machen

zu können, müsse sich die PDS öffnen und neu organisieren, forderte Ramelow. Bei ihr liege die Verantwortung, gemeinsam mit der WASG und vielen anderen ein kraftvolles Gegengewicht gegen die Sozialstaatsdemontage zu schaffen. Die Podiumsdiskussion wertete er als ersten gemeinsamen Wahlkampfauftritt, der deutlich mache: „Wir gehen zusammen.“ In Suhl sei das Linksbündnis schon halb verwirklicht, betonte Peter Weiß von der WASG und auch die Thüringer Landessprecherin der Wahlalternative, Simone Fichtmüller, versicherte im FRIZ: „Wir stehen hinter diesem Bündnis.“

Neues Deutschland, 11.07., gekürzt

Die **PDS Niedersachsen** hat die ersten Listenplätze aufgestellt:

1 Diether Dehm, 2 Dorothee Menzner 3 Herbert Schui, 4 Kreszentia Flauger 5 Maren Kaminski, 6 Achim Bigus 7 Marianne König, 8 Martin Heilemann 9 Agnes Hasenjäger

Mit übergroßer Mehrheit hat die **PDS Sachsen** die Namensänderung beschlossen und heißen jetzt „Linkspartei. PDS Landesverband Sachsen. Spitzenkandidatin die Katja Kipping. Auf Platz 2 steht der Bremer Wirtschaftswissenschaftler und WASG-Mitgründer Axel Trost. Die Zwickauer DGB-Chefin Sabine Zimmermann ist auf Platz 3 und die Mitgründerin der Grünen Monika Knoche auf Platz 7.

Auf Platz 5 und 6 kommen die beiden ehemaligen Bundestagsabgeordneten Barbara Höll und Ilja Seifert.

Die **PDS Sachsen-Anhalt** wählte Petra Sitte auf Platz 1 der Landesliste. Auf Platz 2 wurde Jan Korte gewählt, Katrin Kunert auf Platz 3 und der ehemalige Fraktionsvorsitzende Roland Claus auf Platz 4.

Weitere Landesparteitage finden an folgenden Terminen statt:

16. Juli: Baden-Württemberg, Hessen, Saarland.

Am 17. Juli findet der Bundesparteitag der PDS in Berlin statt.

24. Juli: Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.

30./31. Juli: Hamburg, NRW; Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Brandenburg.

Antrag an den Landesparteitag der PDS Baden-Württemberg am 16.7.05

Für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft Wir stellen fest, dass die PDS Baden-Württemberg bzw. nach einer Umbenennung der Landesverband der Linkspartei in Baden-Württemberg, am Ziel einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft festhält und sich gegen alle Formen des Rassismus, Faschismus, der

Diskriminierung und Benachteiligung in unserer Gesellschaft wendet.

Wir sind der Auffassung, dass alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt dauerhaft in Deutschland haben, gleiche politische Rechte brauchen, insbesondere das Wahlrecht. Alle Diskriminierungen im Alltag, in der Bildung, im Arbeitsleben und in der Ausübung ihrer Kultur müssen beseitigt werden. Arbeitslosigkeit kann man nicht bekämpfen durch das Schüren von Ressentiments gegen Zugewanderte. Abschottung unserer Gesellschaft sichert nicht den Wohlstand, sondern fördert die Repression im eigenen Land. Wir wollen, dass verfolgte Menschen in unserem Land Schutz und Asyl finden. Wir wenden uns gegen alle Äußerungen und gegen jede Politik, welche die Ausgrenzung und Diskriminierung von Zugewanderten verharmlost, billigend in Kauf nimmt oder als politisches Mittel einsetzt.

Wir sind der Auffassung, dass staatliche Normen die Unverletzlichkeit der Person und ihrer Lebenssphäre respektieren müssen. Die Menschenrechte und Grundrechte, die in der Verfassung und in der UN-Charta niedergelegt sind, müssen gesichert bleiben. Daher wenden wir uns gegen jede Aufweichung des Folterverbots und lehnen jede Verharmlosung von Folter und Folterandrohung ab.

Wir erinnern daran, dass das Verbot der Ausbürgerung durch den deutschen Staat im Artikel 16 Grundgesetz aus den schrecklichen Erfahrungen des Hitlerfaschismus entstanden ist. Wir sind der Auffassung, dass dieses Grundrecht nicht angegriffen oder verwässert werden darf.

Ebenso lehnen wir jede Diskriminierung homosexueller Lebensformen oder kultureller Unterschiede ab und lehnen ab, dass diskriminierende Anspielungen im Wahlkampf gegen politische Gegner eingesetzt werden.

Schließlich sind wir der Meinung, dass eine populistische Politik, die mit Wörtern und Ressentiments spielt, weder gerechtfertigt ist noch zum Erfolg führen kann. Im Gegenteil würden viele Menschen, die aus Gerechtigkeits-sinn die PDS gewählt haben und die neue Linkspartei und das Bündnis von PDS und WASG unterstützen wollen, abgeschreckt würden, wenn wir wegen eines scheinbaren Vorteils unsere Grundsätze aufgeben.

Wir fordern unsere Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf und unsere gewählten Abgeordneten auf, sich eindeutig in diesem Sinne zu einer offenen, demokratischen und solidarischen Gesellschaft zu äußern und sich auch so zu verhalten.

Antragstellerinnen und Antragsteller: Ulrike Küstler u.a.

Unruhe an den Finanzmärkten

„Sie haben unscheinbare Namen: Blackstone, KKR, Carlyle, Lone Star, Terra Firma, Apax, Cinven, Investcorp, Permira. Sie nennen sich ‚Finanzinvestoren‘ in New York, Houston und London. Man kennt sie kaum, aber sie haben eins gemeinsam: viel, viel Geld. Und mit diesem Geld krempeln sie die deutsche Wirtschaft um. Sie kaufen Unternehmen, ‚verschlanken‘ sie und verkaufen sie nach kurzer Zeit wieder oder verwandeln sie in Aktiengesellschaften – mit hohem Gewinn.

Siemens-Nixdorf, Telenorma, MTU, Gerresheimer Glas, Dynamit Nobel, Rodenstock, Celanese, Minimax, Demag, ATU Autoteile Unger, Debitel, Tank & Rast, Duales System Deutschland: diese und viele andere Unternehmen in Deutschland wurden in den letzten Jahren von solchen Finanzinvestoren in Deutschland aufgekauft und teilweise schon wieder verkauft. Tausende von Arbeitsplätzen gehen verloren.“

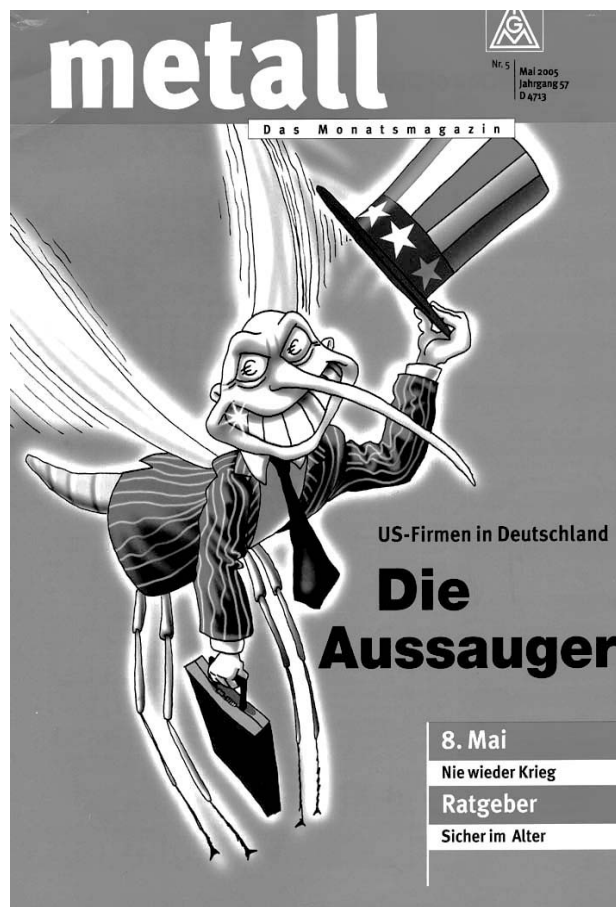
So begann im Mai 2005 in der IG-Metall-Mitgliederzeitung „metall“ ein Aufsatz über neue US-Finanzinvestoren, Überschrift: „Die Plünderer sind da“, Verfasser: Werner Rügemer, Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln.

Die nationalistische Wortwahl des Verfassers („Finanzinvestoren aus Amerika schlachten deutsche Unternehmen aus“, „Wie Mücken saugen sie aus den Betrieben das Geld ... Leidtragende sind die Menschen“), von der Redaktion der „metall“ noch zugespitzt durch ein Titelbild, das eine Mücke im gestreiften Anzug, mit Aktenkoffer, US-Hut und Euros in den Augen zeigt, hat der kurz vorher von SPD-Chef Müntefering angestoßenen Debatte um diese neuen Finanzinvestoren noch mehr Publizität verschafft. Seitdem geht das Unwort von den „Heuschrecken“ um – ohne dass daraus bisher irgendetwas Praktisches gefolgt wäre.

Finanzinvestoren oder „strategische Investoren“?

So aufgeregt seitdem die Debatte ist, so ungenau ist sie auch. Im Berliner Abgeordnetenhaus etwa griffen CDU und FDP den rot-roten Senat und die ihn tragenden Parteien nach Münteferings „Heuschrecken“-Vergleich mit einer boshaften Fragestunde an. Der Berliner Senat hatte vor Monaten mehrere tausend Wohnungen, die bis dahin im Landesbesitz waren, an eine US-Investmentgruppe verkauft. Ob der Senat Münteferings „Heuschrecken“-Vorwurf teile und wie er dann solche Geschäfte mit solchen Vorwürfen an die gleiche Sorte Firmen vereinbaren kön-

ne, wollten CDU und FDP wissen. Der PDS-Abgeordnete Benny Hoff antwortete: Erstens seien die US-Investoren, die die Berliner Wohnungen gekauft haben, keine Finanzinvestoren, sondern langfristige Investoren, die ihr Geld auf viele Jahre in den Mietwohnungen angelegt, den Mietern Sicherheit und Kündigungsschutz vertraglich zugesichert hätten. Zweitens sei für ihn sowohl die pauschale Kritik an Finanzinvestoren



als „Heuschrecken“ wie auch deren umstandslose Rechtfertigung „anti-aufklärerisch“ und falsch. Recht hat er.

Wie pauschal die Debatte geführt wird, zeigt schon allein die Gleichsetzung von allen Investoren, auch langfristigen Investoren, mit der speziellen Gruppe der Finanzinvestoren. „Investoren“ in Firmen sind alle Personen oder Firmen, die ihr Geld in einem Unternehmen anlegen, um eine Rendite zu erzielen. „Strategische“ oder langfristige Investoren sind dabei solche, die ihr Geld langfristig, also in der Regel länger als fünf Jahre anlegen. Finanzinvestoren dagegen legen, wie schon der Name sagt, ihr Geld aus kurzfristigen finanziellen Überlegungen in einem Unternehmen an.

Auch wenn zwischen beiden „reinen“ Typen in der Wirklichkeit jede Menge

Grauzone und Übergänge bestehen, ist diese Unterscheidung doch wichtig. „Strategische Investoren“ haben ein Interesse an neuen und erfolgreichen Investitionen des Unternehmens, in das sie sich eingekauft haben, weil das den Wert ihrer Anteile steigert. Finanzinvestoren dagegen schlachten die in der Firma vorhandenen finanziellen Reserven (Patente, Grundstücke, Immobilien usw.) in der Regel sofort aus. Investitionen interessieren sie nur, wenn dadurch der angestrebte Verkaufspreis für das Unternehmen kurzfristig steigt, und die Aufnahme neuer Kredite durch das von ihnen erworbene Unternehmen ist ihnen ein Gräuel. Der schon genannte

Aufsatz in „metall“ schildert solche Fälle – Einstiege von Finanzinvestoren in Unternehmen, bei denen am Ende nicht selten finanziell ausgenommene oder ganz stillgelegte Firmen übrig blieben. Alle diese Fälle sind vorgekommen, kein einziger der in „metall“ geschilderten Beispiele wird von irgendwem bestritten.

Typisches Beispiel für „strategische Investoren“ war früher die deutsche Hausbank – mal klein in Gestalt der Sparkasse oder Raiffeisenbank und ihrer Anteile an einem mittelständischen Unternehmen, mal riesengroß wie die Deutsche Bank und ihrer Anteile an DaimlerChrysler und anderen Unternehmen. Die Kritik an Unbeweglichkeiten, am „Filz“ der „Deutschland AG“, ihren Überkreuz-Aufsichtsratsmandaten der immer gleichen Banker und Manager war

deshalb lange ein Hauptangriffspunkt der Befürworter der Zulassung von Finanzinvestoren in Deutschland. Parteipolitisch vertreten wurde diese Richtung vor allem durch die FDP und in den Unionsparteien durch Leute wie den langjährigen Fraktionsvorsitzenden Merz, der inzwischen als Anwalt eines solchen Hedge Fonds offenbar in den Vorstand der Deutschen Börse aufsteigen wird. Aber auch Finanzminister Eichel in der SPD war einer ihrer Förderer.

Als typisches Beispiel für das Agieren eines „Finanzinvestors“ gilt dagegen die eben genannte Deutsche Börse AG. Als der britische Hedge-Fond TCI dort als Aktionär einstieg, vereitelte er die Übernahme der Londoner Börse durch die Deutsche Börse und erzwang stattdessen, dass das für die Übernahme an-

gesammelte Geld an die Aktionäre ausgeschüttet wurde.

„Private Equity Fonds“

„Private Equity Fonds“ sind, auf deutsch übersetzt, „private Vermögensfonds“. „Privat“ meint dabei nicht private Vermögen im Gegensatz zu staatlichen. Geschäftsfeld der „Private Equity Fonds“ ist vielmehr der Kauf und Verkauf privater, nicht börsengehandelter Firmen. Sie sind – mit einem wichtigen Unterschied – im Grunde eine neue Art von Banken. Sie „organisieren“ und „finanzieren“ im Bereich kleiner und mittlerer Unternehmen Betriebsübergänge, wenn z.B. der alte Eigentümer stirbt und ein Erbe nicht da ist oder die Firma nicht übernehmen will, oder wenn ein „Management buy-out“ (MBO) zu finanzieren ist, weil das Management den alten Eigner ausbezahlen und das Unternehmen fortführen will.

In zwei wichtigen Punkten allerdings unterscheiden sich diese Fonds von Banken. Erstens unterliegen sie nicht der Bankenaufsicht und damit auch nicht den Risiko- und Sicherungsvorschriften für Kredite, wie sie z.B. im „Basel II“-Abkommen aller Notenbanken weltweit vorgeschrieben sind. Das ermöglicht solchen Fonds, ihre Kredite billiger anzubieten als gewöhnliche Banken, oder zum gleichen Zins, aber mit höherer eigener Rendite. Beides macht „Private Equity Fonds“ interessant – für Geldanleger wie für Leute

(Firmen, Manager), die von ihnen Geld leihen wollen.

Zweitens operieren Private Equity Fonds ebenso wie Hedge Fonds im Unterschied zu Banken in der Regel mit wenig eigenem Geld. Ihre Finanzierungstechnik besteht darin, mit viel geliehenem Geld zum Beispiel Firmen zu kaufen. Die Zinsen auf das Fremdkapital werden dabei aus der übernommenen Firma besichert und aus deren Ertrag gedeckt. Ergebnis dieser Operationen ist dann oft, dass die eben übernommene Firma binnen kurzem enorme Schulden aufhäuft. Die Zinskosten drücken das Ergebnis, die übernommene Firma zahlt keine Steuern mehr oder häuft Verlustvorträge an – so dass faktisch auch noch irgendein Finanzamt am Ende das Geschäft subventioniert. „Sobald ein Unternehmen von einem Finanzinvestor übernommen wird, wird es bis über die Halskrause verschuldet. So stark, dass es die Zinsen gerade noch tragen kann und die Nulllinie schrammt. Wo kein Gewinn übrig ist, muss auch keine Steuer gezahlt werden. Mit dem – auch wegen der steuerlichen Absetzbarkeit – billigeren Fremdkapital hebeln die Finanzinvestoren die Rendite auf ihr eingesetztes Eigenkapital nach oben. Den Gewinn, wenn sie das so gepöppelte Unternehmen verkaufen, vereinnahmen die in Steueroasen ansässigen Fonds ebenfalls steuerfrei.“ (Financial Times Deutschland, FTD, 30.5.05)

Dass sich solche Unternehmen in den letzten Jahren in der Bundesrepublik breit machen konnten, wird in Fachkreisen mit dem seit langem beklagten Marktversagen der großen privaten Banken (Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank) begründet. Auf der Jagd nach maximalem „Shareholder Value“ haben sich die großen Privatbanken fast ganz aus dem Kreditgeschäft mit kleinen und mittleren Unternehmen zurückgezogen. Die Margen dort sind ihnen schlicht zu klein. „Deutschlands Banken wollten nicht länger die größten Finanziers der Unternehmen sein. Wenn sich diese aber das Kapital an den Märkten beschaffen, wird das Leben unbeständiger und erbarmungsloser. Vielen ist mulmig ...“ (FTD, 13.5.05)

Ihr Fazit: „Die traditionellen Finanzierungsformen sind in Deutschland zusammengebrochen. Jedenfalls funktionieren sie so schlecht, dass massenhaft Neueinsteiger hereinstoßen.“ Private Equity Firmen seien nicht typisch für den Kapitalismus, aber ein Krisensymptom. „Sie sind aber nicht nur Symptom, sie verstärken noch die Tendenz zur Investitions- und Wachstumschwäche.“ (FTD, 10.5.05)

Zwei Tage später antwortet ein Vertreter der Private-Equity-Branche. Private-Equity-Unternehmen hätten auch ihre guten Seiten, schreibt er. Sie ermöglichten alten Eigentümern, ihre Firma trotz stagnierender Märkte und ge-

„Die Aufseher und Regulierer müssen sich des Themas annehmen“

Bundesbank, BIZ und Wirtschaftspresse zum Thema „Hedge Fonds“

„Warum gibt es Hedge Fonds? In Zeiten unsicherer Aktienmärkte und niedriger Renditen der Staatsanleihen suchen Investoren nach gewinnbringenden Alternativen ... Das Hedging entstand 1870 bis 1880, als sich Investoren in Folge der zunehmenden Globalisierung und Industrialisierung gegen Zins- und Währungsrisiken absichern wollten. Ursprünglich waren Hedge Fonds zur Risikoabsicherung von Wertpapierpositionen konzipiert worden ...“ (Financial Times Deutschland, 13.5.05)

„Aus Aufsichtsgesprächen und Prüfungen wissen wir, dass die Banken im Bereich des Risikomanagements große Fortschritte erzielt haben. Das ist auch notwendig, da die Dynamik der Märkte ungebremst ist. Ein Indiz dafür liefert das Vordringen der Hedge Fonds. ... Hedgefonds verwalten derzeit schätz-

ungsweise 1 Billion US-Dollar und haben im Vergleich zu ‚normalen‘ Sondervermögen sehr weite Handlungsspielräume. Sie können durch ihr Handeln die Effizienz der Kapitalmärkte erhöhen ... Das Riskante an diesen Fonds ist, dass sie zur Renditeerzielung hohen Leverage (deutsch: Hebelwirkung. Gemeint ist der hohe Einsatz von Fremdkapital durch die Fonds, d. Verf.) eingehen dürfen und – noch wichtiger – teilweise auf exotischen Märkten tätig sind, deren Liquidität gering ist. Aus Risikosicht beruhigt, dass deutsche Banken an Hedgefonds typischerweise nur auf weitgehend besicherter Basis vergeben. Außerdem sind nur wenige deutsche Institute in Geschäfte mit diesen Sondervermögen involviert ... Unbestritten ist aber, dass aus diesen Sondervermögen Risiken erwachsen können – siehe LCTM. Die Aufseher und Regulierer müssen sich deshalb des Themas annehmen ...“

(Edgar Meister, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, Vortrag beim 6. Norddeutschen Bankentag, Lüneburg, 1. Juli 2005)

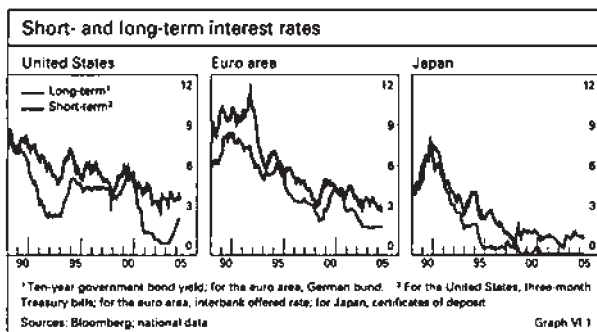
„Ein umfassendes Bild von der Hedge Fonds Branche zu zeichnen, ist angesichts der herrschenden Datenlage praktisch unmöglich. Hedge Fonds

unterliegen nicht den gleichen Verpflichtungen zur Offenlegung wie andere für Privatanleger verfügbare Anlageinstrumente, z.B. Investmentfonds. Infolgedessen lassen sich Informationen über Hedge Fonds hauptsächlich aus einer Anzahl kommerzieller Datenbanken gewinnen, die Daten enthalten, die von den Fonds freiwillig zur Verfügung gestellt werden, vermutlich in dem Bestreben, ihre Erfolge in der Öffentlichkeit bekannt zu machen ...“

(Patrick McGuire, Eli Remolona, Kostas Tsatsaronis, *Zeitvariable Engagements und Hebelwirkung bei Hedge Fonds*, Aufsatz im BIZ-Quartalsbericht März 2005)

„Weltgrößter Hedge Fonds attackiert TCI. Man-Group-Chef kritisiert Vorgehen bei der Deutschen Börse. Verhalten fördert Skepsis der Kunden.“

Der Hedge Fonds TCI gerät wegen seines Vorgehens bei der Deutschen Börse in die Kritik aus dem eigenen Lager. „Es fördert nicht gerade den Verkauf von Hedge-Fonds-Produkten, wenn ein kleiner Fonds wie TCI den großen, bösen Jungen markiert“, sagte Stanley Fink, Chef des Hedge Fonds Man Group Lt, dem Handelsblatt in London. TCI-Chef Chris Hohn hatte den Widerstand gegen die Pläne der Deutschen Börse or-



Von links nach rechts: Entwicklung der kurzfristigen (3-Monats-Kredite) und der langfristigen (10 Jahres-Staatspapiere) Zinsen in den USA, in der Euro-Zone und in Japan. Gegenüber 1988 sind die Zinsen weltweit auf ein historisches Tief gefallen, ein Indiz für einen großen Überschuss von Anlage suchendem Geld auf den internationalen Finanzmärkten. Entnommen aus: 75. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), Basel, Juni 2005, Seite 98.

ringen Wachstums zu einem „akzeptablen Verkaufspreis“ loszuschlagen. Völlig ausnehmen würden sie die von ihnen übernommenen Firmen auch nicht, schließlich wollten sie diese am Ende wieder verkaufen. „Diese Transaktionsstruktur funktioniert natürlich nicht oder nicht so einfach, wenn das Unternehmen stark investieren muss, um den Anschluss an die Wettbewerber zu halten“, räumt der Leserbriefschreiber aber ein. (FTD, 12.5.05)

„Hedge Fonds“

„Hedge“ ist englisch und bedeutet ei-

gentlich „Schutz, Hecke“. In Wirklichkeit schützen „Hedge Fonds“ heute vor allem sich selbst – vor Kontrollen. Trotzdem oder gerade deshalb boomt die Branche. Die Gesamtmenge aller von Hedge Fonds verwalteten Vermögen stieg von ca. 180 Milliarden Dollar (1995) auf heute ca. 1.000 Milliarden Dollar. Zur Verdeutlichung: Dieser Betrag reicht aus, um alle 30 größten DAX-Unternehmen in Deutschland zu kaufen und die nächsten 650 nächstkleineren, börsennotierten Unternehmen gleich dazu.

Die meisten Hedge Fonds handeln mit Aktien und Anleihen und versuchen, die Rendite z.B. durch Kauf unterbewerteter Aktien und parallelen Verkauf überbewerteter Aktien zu steigern. Durch Verkauf gewaltiger geliehener Aktienpakete und anschließendem Rückkauf profitieren sie von selbst bewirkten Kursstürzen. Viele handeln auch mit ungewöhnlichen Anlagen bis hin zu Wetten auf die Wetterentwicklung. Inzwischen wird ihnen – ob zu Recht oder zu Unrecht, ist offen – sogar erhebliche Mitverantwortung am Anstieg der Ölpreise, sogar der Kaffeepreise und an Problemen einzelner gro-

ßer Konzerne vorgeworfen. Wie unangenehm diese Fonds selbst für große Konzerne werden können, musste beispielhaft für viele andere Fälle kürzlich auch der Siemens-Konzern feststellen: Als er eine österreichische Firma übernehmen wollte, die geplante Übernahme aber vorzeitig publik wurde, kaufte sich prompt ein Hedge Fonds in den Übernahmekandidaten mit einer Sperrminorität ein und verlangte sofort einen deutlich höheren Preis.

Gründe für den Boom der Branche

Der Grund für den allgemeinen, seit mehreren Jahren anhaltenden Boom sowohl der Hedge Fonds wie der „Private Equity“-Branche wird im einen enormen weltweiten Überschuss an Anlage suchendem Geldkapital gesehen. Der Zins auf zehnjährige US-Staatsschuld-papiere lag 1988 bei fast 9% – heute liegt er bei knapp 4%. In Europa fiel der gleiche Zinssatz von knapp 6% im Jahr 1988 auf heute etwa 3%, in Japan von 4 auf nur noch ca. 1%. Dieses enorme Überangebot von Geld – privaten Vermögen, Konzerngewinnen, die vorübergehend oder dauerhaft nicht in neue Sachinvestitionen fließen, arabischen Ölgeldern, aber auch privaten Versicherungen jeder Art, von privaten Renten- und Krankenversicherungen in den USA bis zu deutschen Lebensversicherungen – sucht nach verzinsten Anlage. Allein die privaten US-Pensionsfonds sollen laut OECD 8.000 Milliarden Dollar verwal-

ganisiert, die London Stock Exchange (LSE) zu übernehmen. Die Börse musste ihr Vorhaben unter dem Druck der von dem spekulativen Fonds mobilisierten Aktionäre aufgeben. ... Institutionelle Investoren fragen sich, ob sie in Leute investieren, die später möglicherweise einmal Gegner sein werden.“ (Handelsblatt, 27.6.05)

„Schweizer UBS stärkt das Geschäft mit Hedge Fonds. Die Schweizer Großbank UBS organisiert sich um. Der weltgrößte Vermögensverwalter gab gestern bekannt, dass der bisherige Chef der Investmentsparte John Costas künftig eine Hedge Fond Einheit aufbauen soll, die den Namen Dillon Red Management trägt ... Hedge Fonds sind wenig regulierte Anlagepools und für Händler und Investmentbanker interessant, weil sie gute Verdienstmöglichkeiten bieten. Allerdings kann diese Anlageform auch sehr riskant sein ... Costas selbst hatte im Handelsblatt kürzlich ein ‚dramatisches Wachstum‘ für alternative Anlageformen wie Hedge Fonds und Private Equity Fonds vorhergesagt. ‚Versierte Privatkunden und institutionelle Investoren wie Pensionsfonds verlangen solche Anlageformen, deren Entwicklung weder am Aktien- noch am Anleihemarkt hängt.“

(Handelsblatt, 1./2./3.7.05)

„Hedge Fonds verunsichern die Anleger. Vor allem Profis sind beunruhigt und sehen im Fall einer Schieflage Probleme auf die weltweiten Finanzmärkte zukommen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage bei knapp 700 privaten und institutionellen Investoren ... Schieflagen entstehen, wenn sich die Fonds verspekulieren und Geld nachschießen müssen, da sie auf Kredit aufgenommen haben. Eine Kettenreaktion droht über die Hebelwirkung von Derivaten, aber auch durch einen Rückzug der Investoren ... Bei den Professionellen schätzt ein Drittel die aktuelle Wahrscheinlichkeit für eine Schieflage mit mehr als 70 Prozent sehr hoch ein. Über die Hälfte der Anleger fürchtet bei Finanzschwierigkeiten eines Hedge Fonds Probleme für die Märkte in aller Welt.“ ...

Weit über die Hälfte der Befragten rechnet mit sinkenden Kursen bei Aktien und Unternehmensanleihen geringer Bonität, falls ein Hedge Fonds in eine Schieflage geraten sollten. Gewinner könnten demnach einige Staatsanleihen solider Schuldner und Rohstoffe wie Gold sein. Wie stark so eine Schieflage die Märkte bewegt, erfuhren Anleger vor sieben Jahren. Im Herbst 1998 organisierte die US-Notenbank aus Furcht vor einer negativen Kettenreak-

tion an den Börsen eine Rettungsaktion, bei der Investmentbanken 3,65 Milliarden Dollar zahlten, um den Fonds LCTM vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Inzwischen verwalten 8.000 Hedge Fonds mit über einer Billion Dollar mehr als dreimal so viel Geld wie damals. Das Risiko wird noch verschärft, weil die Fonds zuletzt stark auf Kredit spekuliert haben ... setzen die Fonds für 100 eigene Dollar durchschnittlich 48 Dollar auf Pump ein.“

(Handelsblatt, 14.6.2005)

„Viele Hedge Fonds kämpfen mit schlechten Renditen. Spekulationen um die Schieflage mehrerer großer Fonds sorgten im Mai für Turbulenzen an den Finanzmärkten. Laut dem Branchenbeobachter Hedge Fund Research liegen die Anbieter seit Anfang 2004 mit durchschnittlich 1,9 Prozent im Minus. Einige Hedge Fonds sollen sich mit Kreditderivaten des US-Autobauers General Motors verspekuliert haben. In anderen Fällen verfolgen viele Spieler dieselben Ansätze und zerstören sich damit gegenseitig Gewinnchancen. Zudem fehlen Trends an den Finanzmärkten, auf die die Hedge Fond setzen könnten.“ (Financial Times Deutschland, 21.6.05)

„Große Hedge Fonds verlangen Kon-

ten. Etwa 8% davon ist in Hedge-Fonds und ähnlich riskanten Papieren angelegt, vermutet die OECD (FTD, 30.5.05)

Dieses Überangebot an Anlage suchendem Geldkapital drückt weltweit die Zinsen – und diese sinkenden Zinsen auf Anleihen, verbunden mit dem Rückgang der Aktienkurse seit dem Ende der IT-Blase an den Börsen, treiben Banken, Versicherungen und private Geschäftsleute in immer riskantere Anlagen.

Mögliche Gegenmaßnahmen

Es gibt sicher noch viele weitere Gründe für das rasche Anwachsen der „Private Equity Branche“ und der Hedge-Fonds. Aber einige Schlussfolgerungen drängen sich dennoch auf. Zum Beispiel: Bevor sich solche „Heuschrecken“ oder Finanzinvestoren breit machen konnten, bedurfte es verschiedener Gesetze, die ihnen den Weg frei machten – Gesetze, die sowohl von der schwarz-gelben Vorgängerregierung wie auch von der noch regierenden rot-grünen Regierung verabschiedet wurden. Eines davon ist das Steueränderungsgesetz 2000. Seit dem 1.1.2000 sind Erlöse aus dem Verkauf von Firmen oder Firmenanteilen steuerfrei. Würde diese Steuerbefreiung für Gewinne aus dem Verkauf von Firmen oder Firmenanteilen wieder aufgehoben, würde sicher so manches dubiose Geschäft der letzten Monate unterbleiben.

Auch die konsequente Besteuerung

von Kursgewinnen auf Aktien – z.B. durch Verlängerung der einjährigen Spekulationsfrist auf 10 Jahre wie bei Immobilien – oder die Wiedereinführung der von Waigel abgeschafften Börsenumsatzsteuer würde diese neue Sorte Geschäftemacherei erheblich reduzieren.

Beides wird aber derzeit noch nicht einmal diskutiert. In der SPD, so ist zu hören, werden bisher nur Stimmrechtsbeschränkungen für kurzfristige Investoren (die in anderen OECD-Ländern bereits bestehen) diskutiert oder schärfere Meldepflichten beim Kauf größerer Aktienpakete. (Welt am Sonntag, 19.6.05)

Auch die Beschränkung des Handels mit Hedge Fonds-Anteilen steht nicht zur Debatte. Hat doch die Bundesregierung erst Anfang 2004 den Handel mit Anteilen von solchen Fonds, die keiner Bankenaufsicht unterliegen, gestattet. Dabei fordern inzwischen sogar große Versicherungen wie der Vorstand der Allianz, dass für Hedge Fonds und Private Equity Fonds, wenn sie schon wie Banken agierten, auch die Sicherheits- und Reservevorschriften gelten sollen, die weltweit für Banken im Basel-II- und anderen Abkommen festgelegt sind.

Es wird also spannend sein, wie lange diese Fonds ihr Privileg gegenüber den regulären Banken noch verteidigen können.

Grundsatzfrage im Hintergrund: Private oder gesetzliche Sozialversicherung?

Wobei im Hintergrund der Diskussion um Hedge Fonds und Private Equity Fonds noch eine weitere, große Frage mitschwingt: Soll die gesellschaftliche Entwicklung weiter in Richtung Abbau der gesetzlicher Sicherungen getrieben werden, also immer weniger gesetzlicher Versicherungsschutz gegen Risiken wie Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit? Sollen immer mehr private Versicherungen und betriebliche Pensionsfonds wie in den USA an ihre Stelle treten – zumindest für die gut bis besser verdienenden Kreise? Dann muss sich niemand wundern, dass die so aufgeschätzten Gelder ihre eigene Dynamik entwickeln, sich Anlage suchen und – wenn Staatspapiere und Aktien wenig Rendite bringen – auch in ziemlich riskanten Geschäften. Oder in Geschäften, die dem gleichen Beschäftigten, der das Geld auf die Bank getragen hat, seinen Job im Betrieb rauben.

Wer also mehr private Versicherungen verlangt wie jetzt CDU/CSU und FDP, solche Versicherungen mit Steuern und anderen Gesetzen fördert und gleichzeitig die gesetzlichen Sozialversicherungen immer weiter abbaut, der rührt auch die Werbetrommel für private Geldanleger – und treibt den Hedge Fonds die Gelder zu, die diese renditesuchend um den Globus jagen.

rül, gst

trolle. Citigroup, Gartmore und Man Group plädieren für mehr Regulierung. Etablierte Anbieter würden von strenger Vorschriften profitieren. ... „Ich glaube, dass weltweite Regeln nötig sind, und ich bin für eine gute Regulierung“, sagte Tanya Styblo Beder, Vorstandschefin des neuen Citigroup Hedge-Fonds Tribeca ... Damit gesellen sich erstmals Mitglieder der Branche zu der wachsenden Zahl derer, die eine konsequentere Aufsicht über die von SPD-Parteichef Müntefering als „Heuschrecken“ gebrandmarkten Hedge Fonds verlangen. Montag hatten sich die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sowie die Bank of England kritisch über die Branche geäußert, zuvor bereits die Europäische Zentralbank sowie die Deutsche Bundesbank. Ähnlich wie auch US-Notenbankchef Alan Greenspan bemängelt die Britische Zentralbank die mangelnde Transparenz von Hedge Fonds ... Wir ziehen Regulierung vor, weil sie die Cowboys aus dem Markt treibt, sagte kürzlich Man-Chef Stanley Fink der FTD. Fink kritisierte namentlich den Konkurrenten TCI, der Deutsche-Börse-Chef Seifert zum Rücktritt gedrängt hatte ...

Die bisher weitgehend unregulierten Hedge Fonds wetten sowohl auf fallende wie auf steigende Kurse. Ihren Sitz

haben sie oftmals auf den Cayman Islands oder den Bermudas, wo sie relativ unbehelligt agieren können. Die meisten der rund 8.000 Hedge Fonds handeln mit Aktien und Anleihen ... Die Investmentbank Credit Suisse First Boston schätzt, dass weltweit ein Drittel des täglich gehandelten Aktienvolumens auf Hedge Fonds zurückgeht ...“ (Financial Times Deutschland, 29.6.05)

„Schröder wirft Hedge-Fonds Preistreiberei vor ... Bundeskanzler Gerhard Schröder beschuldigt international tätige Hedge-Fonds, die Ölpreise in die Höhe zu treiben. In einem Vorbereitungspapier für den G8-Gipfel hieß es gestern: „Die meisten Hedge-Fonds haben für 2005 auf steigende Preise gesetzt und können nicht zurück, wollen sie nicht hohe Verluste erleiden.“ Als einen Beleg führen die Fachleute des Kanzleramtes an, dass die Investmentbank Goldman Sachs im Februar einen Preis von bis zu 105\$ pro Barrel Rohöl für möglich gehalten habe. Derzeit pendelt der Preis um 60\$... Nach Ansicht der Regierung ist zumindest ein Teil des Preises finanzmarktgetrieben, auch wenn der überwiegende Anteil am Preisanstieg der vergangenen Jahres vor allem auf eine höhere Nachfrage in den schnell wachsenden Volkswirt-

schaften wie China zurückzuführen sei.“ (Financial Times Deutschland, 7.7.05)

„Hedge Fonds droht strengere Regulierung. Der Ruf nach einer weltweiten Regulierung von Hedge Fonds wird immer lauter. Bundeskanzler Schröder wird sich beim laufenden G-8-Gipfel in Schottland für mehr Transparenz der Hedge Fonds einsetzen. Damit hat Schröder nach Auffassung des Bundesverbands privater Banken erst „ein Steinchen ins Rollen“ gebracht. Der Verband forderte gestern eine Regulierung der Hedge Fonds, um Risiken für Unternehmen und Anleger einzugreifen ... Die Debatte um die Regulierung von Hedge Fonds wird weltweit intensiv geführt. Grund ist das starke Wachstum der mittlerweile rund 8.000 Fonds mit einem Volumen von rund 1.000 Mrd. Dollar ... Der Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Jochen Sanio, hatte Hedge Fonds als „schwarze Löcher des Weltfinanzsystems bezeichnet. Er schätzt die Chancen einer weltweiten Regulierung nicht sonderlich hoch ein. Einige Länder zeigten bislang keine Bereitschaft, weltweit verbindliche Regeln für Hedge Fonds zu entwickeln.“ (Handelsblatt, 7.7.05)

Linker Dialog über die Geschichte des Kapitalismus

Der Linke Dialog Köln hatte gemeinsam mit dem PapyRossa-Verlag Georg Fülberth, einen profilierten Vertreter der „Marburger Schule“ von Wolfgang Abendroth, eingeladen, sein neues Buch „G Strich – Kleine Geschichte des Kapitalismus“ vorzustellen und mit ihm zu diskutieren. Zur Veranstaltung am 27. Juni 2005 in DGB-Haus kamen etwa 60 Kölner Linke und tauschten trotz erschwerter akustischer Bedingungen (natürlich hatte keiner daran gedacht, das Mikrofon vorher auszuprobieren!) gebannt dem anderthalbstündigen Vortrag. Die sich anschließende Debatte verlief kontrovers, hofften doch die Anwesenden, den Kapitalismus nicht nur erklärt zu bekommen, sondern vor allem Neues über die Chancen seiner Überwindung zu erfahren.

Bestehend am Vortrag von Georg Fülberth ist seine Art, sich selbst schmunzelnd über die Schulter zu schauen, wenn er Thesen formuliert, die gewohnte Denkmuster der Linken in Frage stellen. Er begann mit dem Vorschlag, als neue Querschnittsdisziplin die „Kapitalistik“ einzuführen. Gegenstand der Wissenschaft vom Kapitalismus solle die Analyse der Auswirkungen des Privateigentums an Produktionsmitteln, der mit seiner Hilfe bewerkstelligten Gewinnerzielung und Akkumulation sowie die Erörterung der Möglichkeiten und Grenzen, der Vor- und Nachteile des Kapitalismus sein. Um sich von den vielen Vereinfachungen der Kapitalismus-Kritik abzugrenzen, fügte Fülberth sogleich hinzu: Als Kritik lasse sich das erst dann bezeichnen, wenn darunter nicht eine Vorab-Verurteilung verstanden werde. Die wäre langweilig. Ihm komme es bei dieser Erkundung nicht sofort darauf an, die Welt zu verändern, sondern zunächst, sie zu verstehen.

Wer nun annahm, Fülberth sei zu einem Apologeten des Kapitalismus mutiert, dem zog er sofort diesen Zahn: Nur als brotlose Kunst könne die Kapitalistik die nötige Rücksichtslosigkeit aufbringen. Sollte sie als offizieller Studiengang etabliert werden, wäre sie auch schon wieder verhunzt, sobald sie staatlich genehmigt und finanziert würde. Die Kapitalistik könne für kritische Geister eine Art innerer Kompass sein, eine Prüfinstanz gegenüber dem zwar überhaupt nicht neuen, wohl aber jetzt noch stärker um sich greifenden Capitalistic Mainstreaming in der Wissenschaft.

Im Folgenden definierte Fülberth zunächst den Kapitalismus. Anschließend

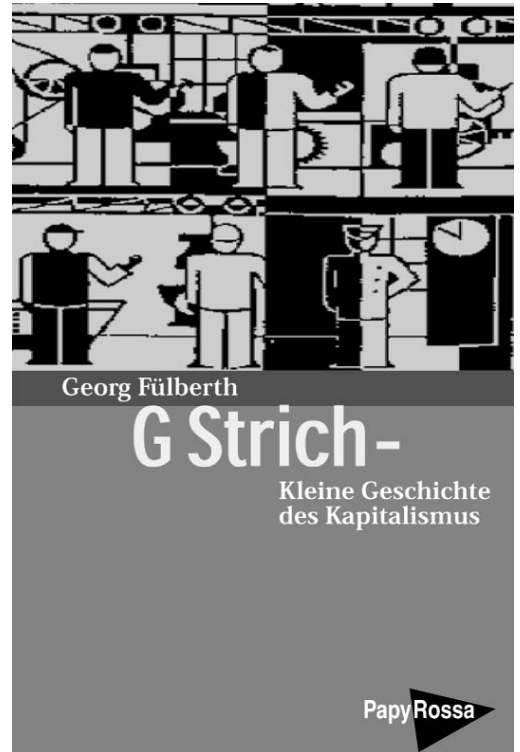
erläuterte er verschiedene Arten der Erzielung von Gewinn im Kapitalismus, der von Marx bekanntlich als „G Strich“ bezeichnet worden war. Eine Periodisierung der Geschichte des Kapitalismus nahm er anhand der unterschiedlichen Weise vor, nach der Gewinn erwirtschaftet wurde.

Die Periode des Neoliberalismus als des entfesselten Kapitalismus datierte Fülberth ab 1974, als er zur hegemonialen Richtung wurde. Die Analyse der Gegenbewegungen fiel sehr ernüchternd aus: Mit der Schwächung der Gesamtarbeiterbewegung und dem Untergang des staatlich organisierten Sozialismus hörte die in Resten weiter bestehende kommunistische Bewegung in den meisten Ländern auf, eine relevante antikapitalistische Kraft zu sein. Keine der in dieser Periode entstehenden neuen Bewegungen – für Umweltschutz, für Frieden oder Globalisierungskritik – hatte oder hat eine Überwindung des Kapitalismus zum Ziel. Dies sei eine in der Geschichte der industriellen Phase des Kapitalismus völlig neue Situation.

Auf die Frage nach dem Ende des Kapitalismus verwies der Referent auf zwei theoretische Grundmodelle – den Transformations- und den Zusammenbruchsansatz. Ersterer wurde 1859 von Karl Marx klassisch formuliert, fünf Jahrzehnte später von Rudolf Hilferding unter den Bedingungen der Entstehung des Monopolkapitals ausformuliert und von Lenin 1916 in seiner bekannten Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ fortgeschrieben. In dieser Tradition bewegte sich die von der KPdSU, der FKP und der SED entwickelte Überlegung, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus durch ein breites Bündnis der Bevölkerungsmehrheit überwunden werden könnte.

Der Zusammenbruchsansatz wurde erstmals von Rosa Luxemburg in ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ entwickelt, dann von Otto Bauer, Nikolai Bucharin, Henryk Grossmann und 1999 von Robert Kurz in seinem „Schwarzbuch des Kapitalismus“ fortgeführt. Alle Zusammenbruchstheorien hätten sich bisher als irrig erwiesen. Sie verwechselten den Übergang von einer Form des Kapitalismus in eine andere mit einer Endkrise. Für die Annahme, der Kapitalismus werde sich ökonomisch selbst zerstören, gebe es keinen Anhalt. Als „Betriebsweise“ sei er offenbar sehr robust.

Den Transformationsansatz von Marx griff Joseph A. Schumpeter 1942 in seinem Buch „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ auf. Darin vertrat er die These, als Betriebsweise sei der Kapitalismus überlebensfähig, gefährdet sei er aber durch das Entfallen von



außerökonomischen Existenzbedingungen. Fülberth fasste dies als „Falls-Dann-Bestimmung“ zusammen. Demnach würde der Kapitalismus aufhören zu bestehen, wenn

1. seine Fortexistenz nicht mehr vereinbar ist mit den Interessen der ihn bisher tragenden und von ihm hervorgebrachten Klassen und Schichten (Schumpeter) und wenn

2. die tragenden Bestandteile einer anderen Gesellschaft bereits ausgebildet sind (Marx).

Dies stellte Fülberth aber gleich wieder in Frage, indem er sagte: Ob diese neue Gesellschaft eine sozialistische sein wird, sei ebenso wenig ausgemacht wie dass sie überhaupt entstehen muss und ob sie in irgendeiner Weise eine „bessere“ oder „schlechtere“ sein wird.

Als engagierter Sozialist entließ Fülberth sein Publikum aber nicht mit diesem „Orakel von Delphi“, sondern gab folgend Empfehlung: Wie lange es den Kapitalismus noch geben werde, wissen wir nicht. Nehmen wir einmal an, er sei nicht mehr oder weniger dauerhaft als der Feudalismus. Dann hätte er noch fünfhundert Jahre vor sich – im Vergleich zur Vergangenheit und etwaigen Zukunft menschlicher Gesellschaften eine eher kurze Frist.

Politik könnte in dieser Zeit darin bestehen

1. die Gefahren dieses Gesellschafts-systems zu blockieren und

2. dafür zu sorgen, dass jene anderen Potentiale genutzt werden, die sich im Kapitalismus zur Erleichterung des menschlichen Lebens bislang entwickelten.

Peter Bathke

Eine gekürzte Fassung des Artikels ist in den Lokalberichten Köln veröffentlicht.

17. Juli, Berlin. *Außerordentliche Tagung des Parteitags der PDS zur Statutenänderung, Änderung des Parteinamens.*

20. Juli, Berlin. *Öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr im Bendler-Block und Gegenaktionen.* Näheres www.geloebnix.de

21. bis 24. Juli, Erfurt. *Bundesweites Sozialforum.* In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“. 36 Organisationen hätten bereits ihre Unterstützung zugesagt, teilte der DGB Thüringen als einer der Veranstalter mit.

28. Juli bis 6. August. *Aktions-Radltour (Tour 1) „Auf Achse für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ – 60 Jahre Hiroshima.* Route: Amberg – Regensburg – Ingolstadt – Augsburg – Ulm – Engstingen – Tübingen – Stuttgart – Ramstein – Büchel, (9 Tagesetappen mit Streckenlängen zwischen 50 und 80 km), Veranstalter: DFG/VK. www.dfg-vk.de

5. und 6. August, Weltweit. *60. Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki.* Zahlreiche örtliche Gedenkaktionen der Friedensbewegung sind geplant. Eine Übersicht über die Termine bietet: www.friedenskooperative.de.

11. bis 14. August, Sondershausen. *Linke Sommerschule.*

27. August, Berlin. *2. Tagung des Parteitags der PDS.* Beschlussfassung des Wahlprogramms

28. August, Dortmund. *Wahlparteitag der CDU.*

31. August, Berlin. *Sonderparteitag der SPD.*

2. September, Nürnberg. *Parteitag der CSU.*

10. September, Berlin. *Sonderparteitag der FDP.*

22. September, Köln: *(geplant) Aktion(en) "Ent-Löbnix" beim Soldaten-Gelöbnis auf Roncalliplatz aus Anlaß des 50 jährigen Bestehens der Bundeswehr*

1. Oktober, Frankfurt a. Main. *Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken.* Beginn 10 h, Ende gegen 17h. Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm-Leuschner-Str. 69. Tagesordnung: 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken. 2. Organisatorische Strukturen: (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.) 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl

3. Oktober, Bonn. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.*

9. Oktober, Hannover. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.*

26. Oktober, Berlin: *(geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr + Aktionen der Friedensbewegung* www.kampagne.de

28./29. Oktober, Rüsselsheim. *10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS*

14.–17. November, Karlsruhe. *SPD-Bundesparteitag (Vorstandswahlen)*

19./20. November, Nürnberg. *60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg.* www.menschenrechte.nuernberg.de

Intensivseminare zum SGB II / 2. Quartal 2005

Mit dieser Reihe von Intensivseminaren sollen wesentliche Teile des SGB II, mit denen die Betroffenen und Beratungsstellen im 2. Quartal 2005 zu tun haben werden, bearbeitet und abgearbeitet werden. Besonders wichtig ist mir dabei die Grundlagen des Sozialverwaltungsrechtes und die Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung zu vermitteln, weil dies die Basis ist für eine konsequente parteiische Beratung.

Die Seminare richten sich an die interessierte Fachöffentlichkeit, wie Mitarbeiter aus Beratungsstellen und Verbänden, sowie interessierte Juristen.

Leitung: Harald Thomé
Ort: Wuppertal

1. Seminar **Mittwoch, den 28. September 2005** **Zeit: 10.00 – 17.00 Uhr**

Inhalt: **Kosten der Unterkunft im SGB II / SGB XII**

In dem Seminar wird der gesamte Kontext der Unterkunftskosten (KdU) durchgearbeitet werden.

2. Seminar **Montag, den 17. Oktober 2005** **Zeit: 10.00 – 17.00 Uhr**

Inhalt: **Berechnung, neue Hinzuverdienstgrenzen und Bescheidprüfung**

In diesem Seminar geht es ausschließlich um die Berechnung der SGB II – Leistungen. Insbesondere wird erarbeitet:

3. Seminar **Mittwoch, den 02. November 2005** **Zeit: 10.00 – 17.00 Uhr**

Inhalt: **Eingliederungsvertrag, Arbeitszwang und Ein-Euro-Jobs**

In diesem Seminar wird der 'fordernde' Teil des SGB II kritisch beleuchtet.

4. Seminar **Donnerstag, den 17. November 2005** **Zeit: 10.00 – 17.00 Uhr**

Inhalt: **Sozialverwaltungsrecht für die Praxis**

5. Seminar **Montag, den 28. November 2005** **Zeit: 10.00 – 17.00 Uhr**

Inhalt: **Strategien zur Gegenwehr und Rechtsdurchsetzung**

Es ist möglich nur einzelne Seminare zu belegen. Der Veranstalter behält sich kurzfristige Änderungen oder eine andere Akzentuierung der jeweiligen Seminare vor.

Der Teilnahmebeitrag für jedes Seminar beträgt 75 €. Darin ist kein Mittagessen enthalten. Es wird darum gebeten aktuelle Gesetzestexte zum SGB II und Verordnungen, SGB III, SGB XII, SGB I und SGB X mitzubringen.

Die Teilnehmer erhalten ein Handout und eine Teilnahmebescheinigung.



Ich bin Mitgründer der Arbeitslosen- und Sozialhilfeberatungsstelle Tacheles e.V. / Wuppertal und dort seit über 12 Jahren in der Beratung tätig. Lehrbeauftragter für Sozialrecht an der EFH-Bochum und Mitautor des „Leitfaden ALG II / Sozialhilfe“. Fortbildungen und Seminare im Bereich des Sozialhilfe- und Arbeitslosenrechts führe ich seit mehreren Jahren durch. Näheres zu meiner Person und meinen Angeboten finden Sie auf der unten angeführten Homepage.

Anmeldeformular und Teilnahmebedingungen finden Sie unter: www.harald-thome.de

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2005	Sept.	alle Länder, vorgez.	Bundestag	18.9.	4 Jahre
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder, regulär	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de